

Europa des Friedens - ein frommer Wunsch?



I. Termine und Hinweise

- S. 6.....Termine
- S. 13.....Hinweise

II. Beiträge zum Schwerpunktthema

„Europa des Friedens - ein frommer Wunsch?“

- S. 21.....Von einem Europa der Verteidigung zu einem Europa des Friedens
- S. 25.....Anfrage an Abgeordnete des EU-Parlaments
- S. 27.....Statement Prof. Dr. Dietmar Köster: Statement zu einer Europäischen Friedens- und Verteidigungspolitik
- S. 29.....Statement Dr. Markus Pieper: Verantwortung für eigene Sicherheit
- S. 31.....Statement Jürgen Wagner: Vom Europa des Friedens zum Europa der Rüstung
- S. 33.....pax christi Münster: Erklärung zum russischen Angriff auf die Ukraine
- S. 35.....pax christi Bundesvorstand: Offener Brief an die pax christi-Mitglieder
- S. 41.....Ukraine: Ein Krieg um die zerfallende Weltordnung
- S. 49.....Kommentar Bernhard Damm: Sicherheit neu denken - gottseidank
- S. 51.....Brief pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und seine Auswirkungen auf unsere Städte
- S. 54.....Impuls von Ferdinand Kerstiens
- S. 60.....Aufruf der Religionen für einen gerechten Frieden

III. Berichte aus dem Diözesanverband

BERICHTE VON MITGLIEDERN

- S. 65.....83 Wochen kein Schulunterricht in Uganda. pax christi fordert umfangreiches Sonderbudget)
- S. 69.....Rezension: George Pattery SJ: Gandhi als Glaubender. Eine indisch-christliche Sichtweise
- S. 71.....Rezension: Mark Hathaway/Leonardo Boff: Die Weisheit des Kosmos. Ein zukunftsweisendes Weltbild.

März 2022

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Entsetzen, Sprachlosigkeit, Trauer, Wut, Angst, Ohnmacht und vieles mehr wechselt in vielen von uns. Die Menschen in der Ukraine leben in Todesangst, mit Hunger und in abgrundtiefer Sorge um das Morgen. Jetzt, wo der Text entsteht, ist nicht klar, wie der Krieg in der Ukraine weitergeht.

Die meisten von uns sind heute in einer ganz neuen Situation: Krieg in Europa haben viele nicht mehr für möglich gehalten, einen Angriffskrieg schon gar nicht. „Wandel durch Handel“ war eine beliebte Denkfigur, mit der wir alle wirtschaftlichen Kooperationen eingehen konnten, ohne ernste Menschenrechtsverletzungen zu beachten, ohne die Missachtung von Freiheitsrechten als das zu sehen, was es ist: Unterdrückung, Verweigerung von Teilhabe und grundlegenden Menschenrechten. Wir haben uns vielfach getäuscht, haben uns in wirtschaftliche Ab-

hängigkeiten begeben- tun das auch jetzt weiterhin – und haben all die Kriege für nicht maßgeblich gehalten, die irgendwo auf der Welt geführt worden sind in den letzten 50 Jahren. Wir sind wirtschaftlich stark verflochten bis abhängig von Staaten, die Menschenrechte nicht für so notwendig erachten, wie viele von uns das immer von sich sagen. Es entstehen und bleiben viele Fragen, Ängste und Unsicherheiten.

Anders geht es vielen Menschen, wenn sie über 80 sind, wenn sie erinnert werden an eigene Kindheitserfahrungen, an tiefsitzende Verletzungen und Entwürdigungen.

Nahe bei den Opfern sein, das gilt als Kern christlicher Botschaft.

- All den Opfern von heute und gestern die notwendige Aufmerksamkeit und Zuwendung zu gewähren, könnte ein Anfang in der Ratlosigkeit sein.

- Der Zweiteilung von Geflüchteten zu widerstehen, Unterstützung und Beistand sind die Gebote der Stunde.
- der Ächtung von Menschen aus Russland deutlich zu widersprechen; Wir versuchen bei aller Unsicherheit und Verunsicherung, in die Sprache zurückzufinden, ins Sprechen, ins Denken und Sondieren.
- nicht akzeptieren, dass russische Kinder in der Schule genötigt werden, den Krieg zu begründen (wie zu hören ist) und vieles mehr, ist ein Anfang in der Orientierungslosigkeit. Wir drucken die Erklärungen von Pax Christi im Bund und im Bistum.
- Nicht aufhören, den Dialog für möglich zu halten. Schon vor dem Krieg hatten wir entschieden, aus Anlass der Veröffentlichung des Textes „Von einem Europa der Verteidigung zu einem Europa des Friedens“ durch Pax Christi Frankreich und Deutschland, die Sicherheits- und Friedenspolitik in Europa zu thematisieren. Den Text drucken wir ab und ebenfalls unsere Anfrage an EU-Abgeordnete und die entsprechenden Interviewfragen. Die vorliegenden Antworten drucken wir ebenfalls mit Dank an die Autoren ab.
- Der fast unwidersprochenen Dominanz allein militärischer Sicherheitsvorstellungen die zivilen und sozialen hinzufügen. Die Stellungnahme des Ökumenischen Kreises Rhein, Mosel Saar e.V. „Ukraine: Ein Krieg um die zerfallende Weltordnung“ ist in der Redaktion nicht unumstritten. Dennoch scheint es ein wichtiger Beitrag im aktuellen Versuch, Positionen zu finden. Er markiert in einem großen Kreis Einflussgrößen, die eine Rolle spielen im heutigen Weltgeschehen. Benennt Faktoren, die in den Blick kommen können,

Wenn wir in dieser Zeit eine „Korrespondenz“ erscheinen lassen, dann immer in dem Wissen, dass wir keine Lösung haben, keinen wirklichen Trost und dass wir gezwungen sind, uns neu zu sammeln und zu orientieren.

Die leeren Seiten sollen das zeigen: Vielleicht fühlen einzelne sich ermutigt, Inhalte selbst hinzuzufügen.

Als Wegweiser weist auch in dieser Zeit das unbedingte Friedensgebot die Richtung. Hilfe für die Opfer,

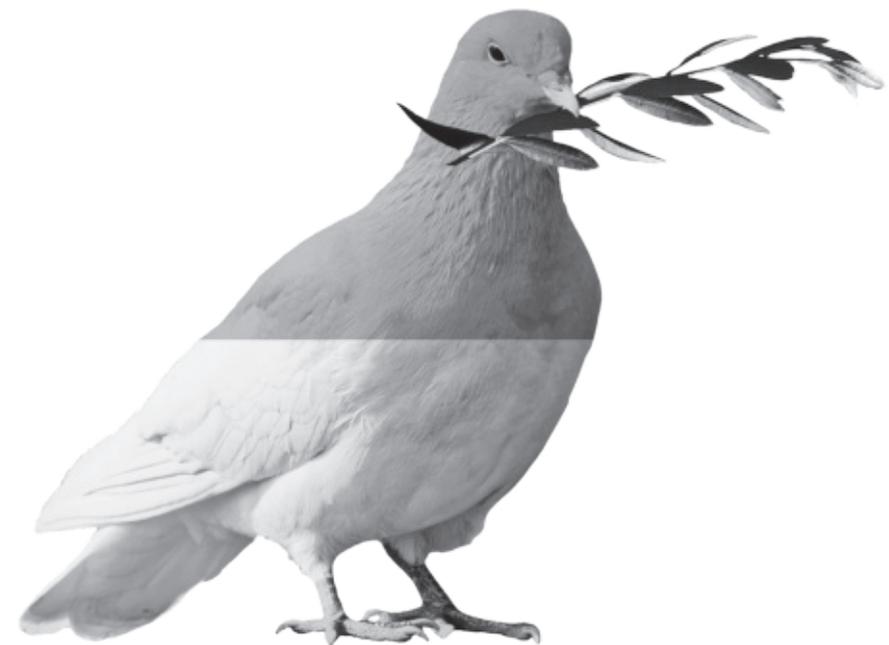
will man diesen Krieg nicht nur als ein individuelles Versagen von Herrn Putin verstehen, den man einfachheitshalber auch noch für verrückt erklärt.

Ein kleiner Kommentar zur Finanzierung der Bundeswehr mit 100 Milliarden will vorsichtig daran erinnern, dass Sicherheit militärisch allein nicht zu schaffen ist.

Wir freuen uns, dass wir mit Eva-Maria Altena ein neues Mitglied in der Redaktion begrüßen können, auf gute Zusammenarbeit!

Berichte aus von Mitgliedern, Meldungen aus dem Büro, sowie Veranstaltungshinweise sind wie üblich zu finden.

*Eva-Maria Altena,
Bernhard Damm,
Daniel Hügel,
Stefan Leibold,
Eberhard Ockel*



Termine und Hinweise

TERMINE

Ausstellung „GRENZERFAHRUNGEN – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“

Täglich werden an den EU-Außengrenzen Schutzsuchende entrechtet und oft mit Gewalt daran gehindert, diese Grenzen überhaupt



zu erreichen. Damit hat sich eine Politik normalisiert, die gekennzeichnet ist von der Missachtung des Völkerrechts und Verstößen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

PRO ASYL, die katholische Friedensbewegung pax christi und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) haben zu diesem Thema die Ausstellung „Grenzerfahrungen – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“ konzipiert. Die Ausstellung be-

leuchtet das Zusammenspiel und die Funktionsweise der aktuellen Politik der Abschottung und Aufrüstung an den EU-Außengrenzen, ihre brutalen Folgen für Schutzsuchende sowie die Profiteur*innen des Grenzgeschäfts.

Die Ausstellung umfasst 16 Plakate, die in eindrucksvollen Bildern und aufrüttelnden Texten die Brutalität der „Festung Europa“ vor Augen führen. Die Ausstellung kann digital unter www.grenz-erfahrungen.de besucht werden. Außerdem können die Plakate (DIN A1) und eine Broschüre (DIN A3) im Online-Shop von PRO ASYL bestellt werden. Es besteht ebenfalls die Möglichkeit, die Ausstellung mit Trägersystem an den Standorten Dresden, Frankfurt, Freiburg, Hamburg und Münster kostenlos auszuleihen. Mehr Infos zur Ausleihe sowie zu verschiedenen Begleitmaterialien finden Sie auf der Ausstellungswebsite.

Die Ausstellung reist durch die Bezirke Münsters:

29.04. - 12.05.2022	Clemenskirche Hilstrup, Hohe Geest, 48165 Münster
08.06. - 28.06.2022	Bezirksvertretung West
12.08 - 01.09.2022	Bezirksvertretung Südost
09.09. - 29.09.2022	Bezirksvertretung Nord
21.10. - 10.11.2022	Zionskirche der Ev.Gemeinde MS-Handorf, Kirschgarten 28a, 48157 Münster
14.11. - 02.12.2022	Bezirksvertretung Mitte

Die genauen Orte und Öffnungszeiten finden Sie auf der Webseite!

Wenn Sie die Ausstellung ausleihen möchten, melden Sie sich gerne bei uns in Münster im Büro!

*Mittwoch, 4. Mai 2022, 9:30 Uhr bis 17:00 Uhr
Haus der Familie Warendorf,
Hohe Straße 3, 48231 Warendorf*

Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit neu denken

Ökumenischer Studientag mit der Initiative „Sicherheit neu denken“.

Wie schaffen wir es, Konflikte auf zivile Weise zu lösen und nachhaltigen Frieden zu sichern?

Abseits realpolitischer Analyse drängen neue Ansätze in den sicherheits- und friedens-politischen Diskurs vor, auf der Suche nach zivilen Lösungen für Konflikte weltweit. Die Akteure sind hierbei höchst divers: Zivile Organisationen, NGOs und kirchliche Stellen konkurrieren mit staatlichen und militärischen Positionen um die besten Antworten auf drängende sicherheitspolitische Fragen der Gegenwart.

Die 2019 gestartete ökumenische Initiative Sicherheit neu denken hat sich dieser Jahrhundertaufgabe verschrieben und bietet mit einem bis zum Jahr 2040 konkret ausgearbeiteten Handlungsszenario ein ambitioniertes Projekt an: Militär abschaffen, UN-Unterstützung aufstocken, Partnerschaften mit Russland anstreben und grüne Investitionen für afrikanische Staaten – alles unter dem Kriterium eines zivilen Sicherheitsverständnisses.

Wie anschlussfähig sind diese politischen Ideen für konkretes, christlich-ethisches Engagement in Bildungsarbeit, pastoraler Praxis und darüber hinaus? Der Beginn des Konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung liegt inzwischen nahezu 40 Jahre zurück – die Fragen zur Lösung der weltweiten ökologischen, politischen und sozialen Konflikte sind insbesondere im Angesicht der Pandemie und der aktuellen geopolitischen Eskalation in Osteuropa drängender denn je.

Kann die christliche Botschaft vom Leben in Fülle und damit vom guten Leben für alle tatsächlich einen Beitrag für neu gedachte kooperative Friedens- und Sicherheitspolitik leisten?

Wir laden Sie und Euch – auch im Hinblick das Jahr 2023 und 375 Jahre Westfälischer Friede – herzlich ein, dies mit uns an einem gemeinsamen

ökumenischen Studientag zu diskutieren. Wir möchten mit spannenden Impulsen und Vorträgen neue Perspektiven und Denkansätze eröffnen.

Das detaillierte Programm sowie Infos zur Anmeldung finden Sie auf der Webseite.

Donnerstag, 12. Mai 2022, 19 Uhr

*Aula der KSHG Münster, Frauenstraße 3-6, 48143 Münster
und*

Donnerstag, 19. Mai 2022, 20 Uhr

*Gastkirche Recklinghausen, Heilig-Geist-Str. 7, 45657
Recklinghausen*

Gewaltfrei wirken – Mahatma Gandhi: Aus einer anderen Welt und einer anderen Zeit und doch für unsere Zeit und Welt heute entscheidend?

Lesung mit Dr. Thomas Nauerth (Bielefeld) und Klaus Hagedorn (Oldenburg)

Gandhi war der erste, der aktive Gewaltfreiheit als Handlungsprinzip für das große politische und gesellschaftliche Feld erschlossen hat.

Er hat damit u.a. Martin Luther King und Nelson Mandela inspiriert und insgesamt eine neue Sichtweise auch für Kernprinzipien christlicher Lehre (Bergpredigt und Kreuzestheologie) eröffnet. „Die westliche Christenheit muss aus der Bergpredigt neu geboren werden; das ist der entscheidende Grund dafür, dass ich Ihnen schreibe“ (Dietrich Bonhoeffer 1934 in einem Brief an Gandhi).

Die Rezeption bzw. die Auseinandersetzung mit den Ideen und Erfahrungen Gandhis ist in Europa heutzutage nicht sehr stark, innerhalb der Kirchen Europas und ihrer Theologie ist sie fast nicht mehr nachzuweisen.

Wir wollen einen Beitrag leisten, eine neue Perspektive auf Gandhi und seine Experimente mit der Wahrheit zu gewinnen: „Sehr oft wird die religiöse Dimension Gandhis für selbstverständlich gehalten oder ausgeklammert. Der Schlüssel zum Verständnis Gandhis liegt aber gerade in seiner Religiosität.“ (George Pattery S.J.)

In Kooperation mit der Fachstelle Weltkirche im Bistum Münster

Donnerstag, 19. Mai 2022

Gemeinsame Friedenswallfahrt von Soldaten und pax christi-Mitgliedern

Liebe Mitglieder von pax christi,

am Donnerstag, 19. Mai, gibt es eine echte Premiere...

Die Welt leidet im Moment sehr darunter, dass Gespräche und echte Diskussionen gar nicht geführt werden. Wir wollen das ändern und mit Bundeswehrsoldaten der Kaserne in Münster-Handorf ins Gespräch kommen. Am 19.05. soll es eine gemeinsame Friedenswallfahrt von Soldaten und Pax Christi-Mitgliedern geben.

Hier kurz der Rahmen dieser Veranstaltung: Wir starten sehr früh, was an der Dienstzeit der Soldaten liegt:

07.30 - 8.30 Uhr Frühstück in der Truppenküche der Lützow-Kaserne, Handorf

8.30 Uhr Start zu den Gräbern russischer Zwangsarbeiter auf dem angrenzenden Übungsplatz Dorbaum (für die Öffentlichkeit nicht zugänglich); Beginn der Wallfahrt

gegen 11.00 Uhr Statio auf einem Soldaten-Gräberfeld auf dem Waldfriedhof in Lauheide

gegen 12.30 Uhr Eucharistie in der Wallfahrtskirche Telgte (hier die reine Eucharistie, zuvor bei den beiden Grabfeldern der Wortgottesdienst). Es ist ein Gottesdienst in 3 Stationen geplant.

gegen 13.30 Uhr Rückfahrt mit Bundeswehrbus zur Lützow-Kaserne, Handorf, danach Ausklang bei einer Bratwurst

Weihbischof Zekorn wird am Waldfriedhof Lauheide dazustoßen, mit uns in Telgte die Eucharistie feiern und auch beim Grillen in Handorf dabei sein.

WICHTIG: Ihr könnt an den verschiedenen Orten dazu stoßen! Wenn 7.30 zu früh ist, könnt ihr beim Waldfriedhof dazustoßen oder in Telgte. Sagt einfach Bescheid! Wir können mit einem Bully der Bundeswehr auch Teilnehmende nach Telgte fahren, falls ihr morgens oder in Lauheide dabei sein wollt und euch der Weg zu weit ist. Bitte gebt einfach das bei der Anmeldung an!

Bitte meldet euch bei leibold@bistum-muenster.de an, ihr bekommt vorher entsprechende Informationen.

Viele Grüße
Stefan Leibold

Samstag, 11.06.2022, 10 Uhr

Pfarrheim St. Lamberti, Walkenbrückenstraße 8, 48653 Coesfeld

Diözesanversammlung 2022

Wir freuen uns, dass die nächste Diözesanversammlung in Coesfeld bei der dortigen Basisgruppe stattfinden wird!

Ein Schwerpunkt dieser Sitzung sind die Neuwahlen des Vorstands. Nach dem Ausscheiden unseres Geistlichen Beirats sind wir derzeit auf Kandidat*innensuche, Vorschläge sind willkommen und können uns gerne mitgeteilt werden.

Eberhard Ockel scheidet – wie angekündigt – auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus, so dass wir mindestens ein neues Mitglied suchen – auch hier sind Vorschläge und Kandidaturen herzlich willkommen. Die weiteren aktuellen Mitglieder des Vorstands (Maria Buchwitz, Stefan Leibold und Johannes Gertz) stellen sich erneut zur Wahl.

Unser inhaltliches Thema wird „Aktive Gewaltfreiheit“ sein, dazu begrüßen wir die Referentin Gudula Frieling aus dem Dt. Sekretariat.

Wir bitten um Anmeldungen im Büro bis 3. Juni. Das detaillierte Programm finden Sie auf der Webseite und wird allen Angemeldeten zusammen mit allen weiteren Unterlagen zugeschickt.

HINWEISE

Gewaltfreiheit stärker ins Gespräch bringen

Unser Beitrag für den Katholikentag 2022 in Stuttgart und darüber hinaus

Vom 25. bis zum 29. Mai findet der 102. Katholikentag in Stuttgart statt. Schon im Herbst 2020 entwickelten Klaus Hagedorn, bis 2018 Geistlicher Beirat unseres Diözesanverbandes und seit 2021 Geistlicher Beirat auf der Bundesebene, und Thomas Nauerth, Mitglied im Internationalen Versöhnungsbund und des wissenschaftlichen Beirates von pax christi Dt. Sektion, die Idee, Gewaltfreiheit - das Kernanliegen der beiden Bewegungen - in den Katholikentag hineinzutragen.

Aus der Idee wurde eine Kooperation, die neben den Initiatoren - pax christi-Diözesanverband Münster und Internationaler Versöhnungsbund - nun pax christi Dt. Sektion, MISEREOR, Jesuiten Weltweit (Missionsprokur Nürnberg), die Katholischen Hochschulgemeinden Stuttgart/Hohenheim und Koblenz sowie die Katholische Akademie Aachen umfasst.

Aus der Idee sind konkrete Projekte für den Katholikentag entstanden sowie eine Lesereise durch die „halbe“ Republik.

Ausgangspunkt ist die neue Sicht eines Kenners auf die Gewaltfreiheit Gandhis. Dr. George Pattery S.J., bis 2020 Präsident der Süd-Asiatischen Jesuitenprovinzen hat sich über Jahrzehnte mit der Lehre Gandhis befasst und das Buch „Gandhi The Believer“ geschrieben. Finanziert von der Fachstelle Weltkirche unseres Bistums, von pax christi Dt. Sektion und unserem Förderverein für die pax christi-Bewegung im Bistum Münster haben Klaus Hagedorn und Thomas Nauerth dieses Buch übersetzen lassen und unter dem Titel „Gandhi als Glaubender. Ein indisch-christliche Sichtweise“ herausgebracht.

„Mit diesem Buch“, so die Herausgeber „liegt erstmals eine relevante katholisch theologische Stimme aus dem indischen Diskurs über Gandhi und seine Philosophie und Praxis auf Deutsch vor. Ihre Bedeutung

gewinnt diese Stimme auch angesichts des Aufrufs von Papst Franziskus zur aktiven Gewaltfreiheit als christlichem Lebensstil. Ohne eine Relecture der Erfahrungen Gandhis unter theologischer Hinsicht ist der Herausforderung dieser Aufforderung des Papstes nicht gerecht zu werden. Denn Gandhi war der erste, der aktive Gewaltfreiheit als Handlungsprinzip für das große politische und gesellschaftliche Feld erschlossen hat. Gandhi hat damit u.a. Martin Luther King und auch Nelson Mandela inspiriert und insgesamt eine neue Sichtweise auch für Kernprinzipien christlicher Lehre (Bergpredigt und Kreuzestheologie) eröffnet.

Für den Katholikentag haben wir 3 Werkstattformate angeboten, in denen auf drei beispielgebende Persönlichkeiten und ihre Wege der Gewaltfreiheit aufmerksam gemacht werden soll. Ein Werkstattformat wurde in das offizielle Katholikentagsprogramm aufgenommen; die anderen zwei werden voraussichtlich in den Räumen der Kath. Hochschulgemeinde in Stuttgart –sozusagen inoffiziell- durchgeführt:

„Gewaltfrei gegen Unrecht und für Menschenwürde. Mahatma Gandhi: Leben teilen, bewahren und befreien“. So ist unser erster Workshop im offiziellen KT-Programm angekündigt.

Die Inhalte sind in Stichworten: Jedes Leben hängt ab vom Wohl des Ganzen - weltweit. Die Verpflichtung auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor allem Leben als Ethos-Kernwert. Gandhi inspiriert dazu - auch im Wissen um christliche Zugänge. Gewaltlosigkeit als wachsende, verwandelnde Kraft und alles Leben umfassendes Bewusstsein. Gandhis SATYAGRAHA als erfolgreiches, historisch-politisches Experiment. Die Bedeutung von Gewaltfreiheit für heutige Prozesse über nationale, religiöse, kulturelle Grenzen hinweg.

„Gewaltfrei Brücken bauen über Grenzen hinweg. Abdul G. Khan: ein Muslim lernt vom Hindu Gandhi“: so lautet der 2. Workshop für die KHG-Stuttgart; hier geht es um folgende Inhalte: Friede entzieht sich uns. In unseren immer komplexer werdenden Gesellschaften brauchen wir verbindende Wertehaltungen. Wir arbeiten gegen Spaltung, Gewalt und Polarisierung, indem wir zu einem guten u. verantwortungsvollen Miteinander zu befähigen suchen. Die zwei Gandhis: Mahatma und Abdul. Entwicklung der Khan-Bewegung. Das Hindu-Muslim-Experiment: seine interreligiösen + interkulturellen

Aspekte. Bedeutung für sich polarisierende Gesellschaften im Namen von Religionen und Nationalismus.

Das 3. Werkstattformat „Wege für eine gewaltfreie und gerechtere Gesellschaft. Rutilio Grande: Leben kompromisslos solidarisch teilen“ werden wir ebenfalls realisieren in Kooperation mit der KHG Stuttgart/Hohenheim. Im Mittelpunkt dieses Workshops steht folgendes: Der Wunsch junger Menschen, sich für „gutes Leben“ zu engagieren, ist sehr groß. Dafür steht Rutilio Grande, Jesuit, Befreiungstheologe, der für Gerechtigkeit+Recht kämpfte und am 12. März 1977 ermordet wurde. Sein Tod war der Anstoß für eine unerwartete Entwicklung bzw. die Bekehrung von Oscar Romero. Sodann: Frieden und Gerechtigkeit sind abhängig von Bereitschaft, dem Recht Geltung zu verschaffen. Kein Recht ohne ein Ethos. Reich Gottes Botschaft als Vision friedlichen Zusammenlebens. Verpflichtung auf eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung.

Unsere Ausstellung „Gestalten der Gewaltfreiheit“, die schon für den Katholikentag 2018 in Münster in Zusammenarbeit mit MISEREOR entwickelt worden ist, ist ebenfalls in das Programm des Katholikentags aufgenommen worden. In der Ausstellung werden Mahatma Gandhi, Abdul Gaffer Khan, Rutilio Grande, Martin Luther King, Hildegard Goss-Mayr, Jean Goss und Oscar Romero mit einem Portrait und einem Original-Zitat vorgestellt. In den Zitaten kommen die Perspektiven dieser Persönlichkeiten auf eine alle Menschen und alle Religionen verbindende Wertehaltung zum Ausdruck.

Wir werden die Ausstellung im Hof einer Schule zeigen können. In den Räumen dieser Schule wird auch der Gandhi-Workshop stattfinden. Begleitet wird die Ausstellung mit Postkarten, die die Ausstellungsbanner wiedergeben, Flyern mit weiteren Informationen zu jedem der sieben Persönlichkeiten und Plakaten von MISEREOR über ihre Arbeit in den Herkunftsländern der sieben Gestalten.

Wie von uns erbeten, werden Gandhi-Workshop und unsere Ausstellung „Gestalten der Gewaltfreiheit“ auf dem Forum „Lebenswelt Junge Erwachsene“ angeboten. Wir wollen mit „Gewaltfreiheit“ als Handlungsprinzip ganz bewusst die junge Generation ansprechen und erreichen.

Ein besonderes Highlight wartet auf die Besucher der Werkstattformate und der Ausstellung: Tanz-Performances des indischen Jesuitenpaters Saju George. In ihren Performances am Katholikentag werden Saju George und sein Ensemble künstlerische Schlaglichter auf die Geschichte und Herausforderungen ihres Heimatlandes werfen: vom Prinzip der Gewaltlosigkeit und vom Pluralismus als Grundfesten des indischen multiethnischen und -religiösen Miteinanders hin zum Leid der Menschen in Bengalen, denen der Klimawandel droht, Heimat und Existenz zu nehmen. Saju George ist nicht nur Priester und Meister des Bharata Natyam, der klassischen südindischen Tanz-Kultur, sondern auch Lehrer und Sozialarbeiter: In einem Armenvorort von Kalkutta unterrichtet er im Zentrum Kalahrdya Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien.

Um den Katholikentag herum werden Klaus Hagedorn und Thomas Nauerth gemeinsam auf eine vierwöchige bundesweite Lesereise mit annähernd 20 Stationen gehen, um das Buch von George Pattery einem größeren Publikum vorzustellen. Zunächst war geplant, dass George Pattery selbst aus Indien anreist, um auf dem Katholikentag zu sprechen und die Lesereise mit zu begleiten. Auf Grund einer akuten Verschlechterung seines Gesundheitszustandes musste er seine Teilnahme leider absagen. Er wird aber den Besuchern des Gandhi-Workshops und der Lesereise in Form eines vorher erstellten Videointerviews mit deutschen Untertiteln bekannt gemacht.

Stationen der Lesereise im Bistum Münster werden der 12. Mai und der 19. Mai sein. Am 12. Mai stellen Klaus und Thomas das Buch um 19 Uhr in der Aula der KSHG vor und am 19. Mai um 20 Uhr in der Gastkirche in Recklinghausen.

Das Buch kann über unser Büro in Münster für 9,90 € zuzüglich Versandkosten erworben werden.

Wer sich schon vorgenommen hat, den Katholikentag zu besuchen, oder jetzt dazu inspiriert worden ist, den bitten wir um die Überlegung, ob eine stundenweise Betreuung der Ausstellung möglich wäre. Wir suchen noch nach Menschen, die sich dazu bereit erklären.

Buchtipp:

Gandhi als Glaubender. Eine indisch-christliche Sichtweise.

Neuerscheinung von George Pattery S.J.

Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler, hg. v. Klaus Hagedorn & Thomas Nauerth (edition pace) Norderstedt: BOD 2021. Paperback, 240 Seiten, 9,90 Euro

Mit diesem Buch liegt erstmals eine relevante katholisch theologische Stimme aus dem indischen Diskurs über Gandhi und seine Philosophie und Praxis auf deutsch vor: „Sehr oft wird die religiöse Dimension Gandhis für selbstverständlich gehalten oder ausgeklammert. Wir behaupten in diesem Buch, dass der Schlüssel zum Verständnis Gandhis gerade in seiner Religiosität liegt.“

Gandhi war der erste, der aus seiner Religiosität heraus aktive Gewaltfreiheit als Handlungsprinzip für das große politische und gesellschaftliche Feld erschlossen hat. Gandhi hat damit u.a. Martin Luther King und Nelson Mandela inspiriert und insgesamt eine neue Sichtweise auch für Kernprinzipien christlicher Lehre (Bergpredigt und Kreuzestheologie) eröffnet. „Die westliche Christenheit muss aus der Bergpredigt neu geboren werden; das ist der entscheidende Grund dafür, dass ich Ihnen schreibe“ (so Bonhoeffer 1934 in einem Brief an Gandhi).

Die Rezeption bzw. die Auseinandersetzung mit den Ideen und Erfahrungen Gandhis ist in Europa heutzutage nicht sehr stark, innerhalb der Kirchen Europas und ihrer Theologie ist sie fast nicht mehr nachzuweisen.

Dieses Buch kann dabei helfen, eine neue Perspektive auf Gandhi und seine Experimente mit der Wahrheit zu gewinnen:

„Wenn wir die Perspektive der Gewaltfreiheit einnehmen, können wir den anderen in tiefstem Mitgefühl und wahrer Offenheit erreichen und wir können den/die anderen jenseits der Entfremdung erkennen.“

George Pattery S.J., bis 2020 Präsident der Süd-Asiatischen Jesuitenprovinzen (Provincial of South Asia, POSA), Fakultätsmitglied der Universität VISVA-BHARATI, Promotion 1990 an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom mit einer Arbeit über den Zentralbegriff der Lehre Gandhis „Satyagraha“ (Satyagraha: A Holistic Way of Liberating Solidarity, Vatican City 1990).

**Bei uns im Büro bestellbar.
Eine Rezension finden Sie in dieser Ausgabe**



Wollen Sie auf dem Laufenden bleiben? Abonnieren Sie den Newsletter!

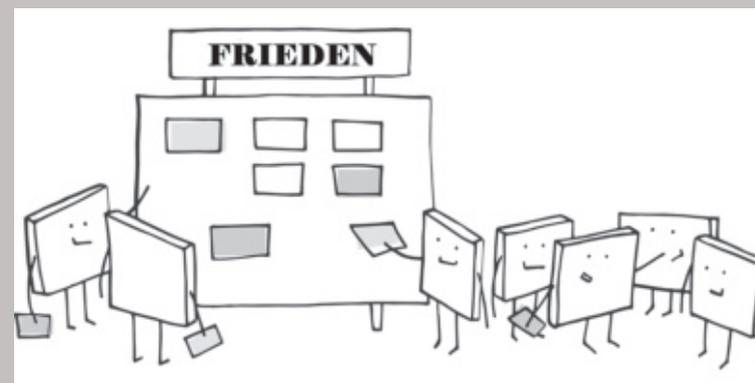
Nicht alle Termine, Meldungen und Hinweise können in der Korrespondenz erscheinen. Manches erreicht uns erst kurzfristig oder wird aufgrund der aktuellen politischen Lage veröffentlicht. Wenn Sie dennoch auf dem Laufenden bleiben wollen, dann schauen Sie gerne auf unserer Webseite vorbei oder senden Sie uns Ihre Email-Adresse (an muenster@paxchristi.de) – so können wir Ihnen regelmäßig Informationen über unseren Newsletter schicken.

Workshops und Fortbildungen zum Thema „Frieden“

Im Rahmen unserer Friedensbildung haben wir verschiedene Workshops und Fortbildungen zum Thema Frieden entwickelt. Diese bieten wir Schulen, Bildungseinrichtungen, Akademien, Gemeinden usw. an. Schwerpunkte sind u.a. Rüstungsexporte, Atomwaffen, Friedens- und Sicherheitspolitik, Gewaltfreiheit, (Gewaltfreie) Konfliktlösung, Gewalt(theorien) etc. Die Methoden reichen von Planspiel über Bibelarbeit zu klassischen Workshops und Vorträgen mit Diskussionen. Die Angebote richten sich sowohl an Jugendliche als auch an Erwachsene. Mitwirkende sind Daniel Hügel, Stefan Leibold, Detlef Ziegler, Bernhard Damm, Norbert Mette, Klaus Hagedorn und Hermann Flothkötter.

Mit der Friedensbildung wollen wir u.a. Schulen, Bildungseinrichtungen und Gemeinden stärken, Lehrer*innen und andere Lehrende dafür qualifizieren, sie beraten und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung zu stellen.

Unsere Angebote sind auf unserer Webseite zu finden. Melden Sie sich bei Interesse gerne bei uns!



Von einem Europa der Verteidigung zu einem Europa des Friedens

Gemeinsame Erklärung der deutschen und der französischen Sektion der katholischen Friedensbewegung pax christi anlässlich des Treffens der Verteidigungsminister:innen in Brest zu Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft im Januar 2022.

Frankreich, das derzeit die halbjährliche Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehat, ist in diesen Tagen Gastgeber eines informellen Treffens der Verteidigungsminister der 27 (Staaten) in Brest. Als Verantwortliche der katholischen kirchlichen Friedensbewegung zweier Länder fordert uns dieses Ereignis heraus. Wir sind zutiefst mit der ursprünglichen Absicht eines gemeinsamen Europas verbunden, nämlich den Frieden auf unserem Kontinent zu erhalten, indem es Krieg zwischen seinen Mitgliedern materiell unmöglich macht. Dieses Ziel wurde erreicht und in der Tat sind Kriege zwischen unseren Nationen in den letzten fünfundsiebzig Jahren völlig undenkbar geworden. Die immer engeren wirtschaftlichen Verbindungen, das Verschwinden

der Binnengrenzen, die unzähligen konkreten Projekte (von Erasmus bis Ariane, von Natura 2000 bis Airbus...) und die Einführung der Einheitswährung für eine Mehrheit der Staaten sorgen dafür, dass der Gedanke an einen bewaffneten Konflikt zwischen uns nicht mehr denkbar ist.

Was für unsere Staaten untereinander gilt, gilt das nicht auch bei der Lösung von Konflikten und der Schaffung von friedlichen Verhältnissen gegenüber anderen Staaten und Gruppen? Warum also eine (mögliche) europäische Armee? Wäre das Ziel des Friedens, das die Gründer dem vereinten Europa zugewiesen haben, besser durch die Schaffung einer gemeinsamen Armee, durch die Umwandlung Eu-



UK
RAI
NE

ropas in eine Militär- oder gar Atom-macht gewährleistet? In unseren Augen erscheint uns jeder Schritt auf dem Weg zu einem Schutz Europas, welcher nur unter dem Gesichtspunkt seiner militärischen Kapazität betrachtet wird, als ein Fehler und eine Untreue gegenüber der Verpflichtung, die die Gründerstaaten seit 1950 und später die Staaten, die sich ihnen bis heute angeschlossen haben, eingegangen sind: Ein Europa zu schaffen, um den Frieden auf diesem Kontinent und in der Welt zu bewahren und wachsen zu lassen.

Diese Verpflichtung, die in der Präambel des Pariser Vertrags zur Gründung der EGKS zu lesen ist, wird in den nachfolgenden Verträgen bis hin zu Artikel 3 des Vertrags von Lissabon wiederholt. Wir geben zu bedenken, dass die Verletzung des Friedens und die Wurzeln von Kriegen weit über das Vermögen von Waffen und die Drohung, sie einzusetzen, hinausgehen, besonders seitens von Diktatoren, deren Streben nach Herrschaft auch uns beunruhigen. Die globale Erwärmung, die grenzenlose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, die wachsende Ungleichheit zwischen den Völkern und innerhalb der Nationen zwischen Arm und Reich, Bürgerkriege und übersteigter Nationalismus sind allesamt schwerwiegende Angriffe auf den

Frieden, die sogar noch schlimmer sind als Kriege, die von Militärs geführt werden.



Als Friedensbewegung müssen wir stärker die möglichen Auswirkungen unseres Lebens- und Konsumverhaltens auf die Verschärfung von Konflikten und Kriegen hinterfragen - so wie wir es in jüngster Zeit bei der globalen Erwärmung oder dem Wohlergehen indigener Völker gelernt haben. **Wir wollen stärker Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit übernehmen und beginnen mit dem Eintreten für eine Friedensethik, in der Gedanken und Handlungen nicht nur auf nationale Interessen gerichtet sind, sondern auch über die Auswirkungen nachdenken, die sie weltweit haben könnten.** Sicherheit wird so als etwas gesehen, das allen Menschen gemeinsam ist. Dies gilt sowohl für den Einzelnen in seinem Privatleben als auch für die Akteure in Wirtschaft, Politik,

Kultur, Bildung und Wissenschaft. In diesem Sinne entwickelt die Gesellschaft als Ganzes eine gemeinsame Sicherheitsorientierung als Weg und Ziel, um der Gewalt zu begegnen und eine Kultur des Friedens zu entwickeln.

Ein Europa des Friedens, das für und mit seinen Bewohner:innen aufgebaut wird - seien es Mitbürger:innen oder Geschwister, die als Migrant:innen, Geflüchtete oder Staatenlose zu uns kommen, auf der Durchreise oder auf der Suche nach einem Ort, an dem sie ihr Leben neu beginnen können - erfordert daher eine Reihe mutiger Maßnahmen, die Europa fördern und unsere Staaten, Kirchen und Brüder und Schwestern zu ihrer Sache machen müssen.

Erstens ist es unerlässlich, die Auswirkungen der außen-, wirtschafts- und handelspolitischen Entscheidungen Europas und seiner Mitgliedsstaaten auf den Frieden zu bewerten, so wie wir es gerade beim Klima, bei der Kinderarbeit oder der Achtung der Menschenrechte erfahren. Es sollten keine wichtigen Maßnahmen ergriffen werden, wenn sie den Frieden nicht erhalten oder fördern!

Zweitens ist es geboten, systematisch auf gewaltfreie Konfliktlösungen durch Mechanismen der

Schlichtung vor Streitigkeiten und der Versöhnung nach Konflikten zurückzugreifen, damit die Folgen von Kriegen, Abspaltungen und Zusammenstößen zwischen Völkern und Nationen vermieden oder dauerhaft behoben werden können. Solche Lösungen existieren und haben sich als wirksam erwiesen. Sie zu erforschen und an Akademien und „Kriegsschulen“ zu lehren, um sie in „Friedensschulen“ umzuwandeln, liegt in unserem Vermögen.

Drittens: An die Tugenden der ausgleichenden Gerechtigkeit glauben, nicht nur dort, wo sich die Tragödien des 20. Jahrhunderts vollzogen haben (Ruanda, Ex-Jugoslawien), sondern überall dort, wo Europa eingreift, um beim Wiederaufbau geschundener Länder zu helfen. Frieden wird nicht ohne Eingeständnisse, Vergebung und Versöhnung erreicht werden: Was für Europa und die deutsch-französische Aussöhnung galt, gilt auch weiterhin für viele Orte in der Welt. Lassen Sie die europäische Diplomatie - den Europäischen Auswärtigen Dienst - zu einem Europäischen Hilfsdienst für Frieden und Konfliktbearbeitung werden!

Viertens: Aus der Geschichte lernen, die allzu oft vom „Sieger“ des Tages manipuliert oder umgeschrieben wird, um sie zu einem Instrument der Indoktrination und

des Hasses über Generationen hinweg zu machen. Auf Initiative Frankreichs hat der Europarat - in dem alle Staaten der Union auch Mitglieder sind - gerade eine Beobachtungsstelle für den Geschichtsunterricht eingerichtet. Sie ist als „Teilabkommen“ strukturiert und umfasst nur 9 der 27 EU-Staaten auf. Der Beitritt aller ist dringend erforderlich: Geschichte darf weder Grund für Scham noch für Stolz sein, sondern muss so akzeptiert werden, wie man unter Geschwistern ein ungeteiltes Erbe annimmt, eine Verpflichtung zum Dialog und zum geschwisterlichen Teilen.

Fünftens schließlich sollten Gewaltfreiheit und Frieden systematisch in Schulen, in der Weiterbildung

und in den Institutionen des Gemeinschaftslebens gelehrt werden. Wie viele Konflikte entstehen oder werden bestätigt, wie viele Kriege werden von der öffentlichen Meinung „gebilligt“, weil die Gewalt in unseren Herzen wohnt und wir selbst eher an die Effizienz der Präventivmaßnahmen als an die Tugenden des Dialogs und des Teilens glauben. Erziehen wir schon auf den Schulhöfen zur Gewaltlosigkeit!

Möge der Frieden, das Streben jedes Menschen und die Grundlage der internationalen Zusammenarbeit, im Mittelpunkt der Beratungen von Ministern und uns Regierenden stehen. Möge ein Jahr des Friedens mit diesen fünf Zielen beginnen!

Anfrage an Abgeordnete des EU-Parlaments

Am 13.1.22 haben pax christi Deutschland und pax christi Frankreich die gemeinsame Erklärung „**Von einem Europa der Verteidigung zu einem Europa des Friedens**“ veröffentlicht aus Anlass des Treffens der EU-Verteidigungsminister*innen.

Die Redaktion der pc-Korrespondenz im Bistum Münster wird diese Erklärung in der neuen Ausgabe veröffentlichen. Dazu möchten wir verschiedene Stellungnahme aus dem politischen Raum der Europapolitik abdrucken, aus denen hervorgehen könnte, wie sich diese Forderungen schon jetzt in Teilen konkretisieren. Oder auch, wie sie Ihnen vielleicht unvollständig oder sogar als falsch erscheinen.

Wir würden Sie daher bitten, der Redaktion eine entsprechende Stellungnahme zukommen zu lassen oder aber auch im Sinne eines Interviews die untenstehenden Fragen zu beantworten (gegebenenfalls auch in Teilen). Selbstverständlich würden wir zu einem Interview Sie auch besuchen oder zu einer Zoombesprechung treffen, wenn Sie die Zeit erübrigen könnten.

Fragen:

War Ihnen das Papier von pax christi Deutschland und Frankreich bekannt?

Können Sie kurz schildern, wie Ihre erste Reaktion auf den Text war.

Hätten Sie eine Antwort auf die Frage: „Warum eine europäische Armee“ und wie sähe die aus?

Fühlen Sie sich auch der Idee verpflichtet „ein Europa zu schaffen, um den Frieden auf diesem Kontinent und in der Welt zu bewahren und wachsen zu lassen“?

Was bedeutet das konkret für Ihre Arbeit?

Wie beurteilen Sie die Aussage: „Wir wollen stärker Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit übernehmen und beginnen mit dem Eintreten für eine Friedensethik, in der Gedanken und Handlungen nicht nur auf nationale Interessen gerichtet sind, sondern auch über die Auswirkungen nachdenken, die sie weltweit haben könnten.“

Hat das für Ihre Europapolitik oder die Ihrer Fraktion konkrete Auswirkungen?

Wie groß ist für Sie die Gefahr, dass die europäische Staatengemeinschaft sich selbst schwächt und gefährdet, wenn streng auf Asylrecht, Menschenrechtswahrung und menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik gesetzt würde?

Welche zivilen Sicherungs- und Verteidigungsprojekte halten Sie für möglich und werden in der EU vorangetrieben?

Welchen Textstellen möchten Sie widersprechen?

Fehlt ihnen etwas?

Wie wichtig erscheint Ihnen selbst, die Politik der Europäischen Gemeinschaft als Friedenspolitik zu gestalten und was bedeutet das konkret für Ihre Arbeit. Gibt es beispielhafte Projekte zur Förderung ziviler Verteidigungsformen?

Die Entwicklung eines „Sicherheits-Kompass“ ist ein europäisches Ziel. Es erscheint uns nachdenkenswert bis problematisch, wenn die dazu vorliegenden Erläuterungen auf deutscher Seite in einem Beitrag der Bundeswehr besteht. Können Sie dazu Stellung nehmen?

Das Video der Bundeswehr zum Thema:

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/strategischer-kompass-entwicklung-strategischer-grundlagen-278176>

Anmerkung: Die Anfrage wurde an folgende Mitglieder des Europäischen Parlaments geschickt: Dr. Markus Pieper (CDU), Prof. Dr. Köster (SPD), Daniel Freund (Grüne). Auf den nächsten Seiten finden Sie die Antworten, die wir bis zum Redaktionsschluss erhalten haben. Darüber hinaus wurde die Anfrage zu einem Kommentar an Jürgen Wagner, IMI, geschickt.

Statement zu einer Europäischen Friedens- und Verteidigungspolitik

16. März 2022

Prof. Dr. Dietmar Köster

Jegliche Überlegung einer zukünftigen europäischen Friedensordnung kann nicht mehr ohne den Blick auf den verheerenden Krieg in der Ukraine gedacht werden. Der Angriff auf die Ukraine stellt unweigerlich einen Epocheneinschnitt dar. Dieser sollte aber nicht dazu verleiten, mit scharfmachender Rhetorik die entspannungspolitischen Erfolge der letzten Jahrzehnte über Bord zu werfen, sondern noch beharrlicher die diplomatischen Bemühungen zu intensivieren. Wenn die Eskalationsspirale im Krieg Putins gegen die Ukraine nicht durchbrochen wird, besteht die Gefahr eines Flächenbrandes für die Region und die Welt. Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns dafür ein, einen Weg zurück zum Frieden zu finden, mit Putin als Gegner. Es steht alles auf dem Spiel! Nie hatte Willy Brandt so recht wie heute: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“.

Wir benötigen eine Europäisierung der Sicherheits- und Friedenspolitik, in deren Rahmen sich die Europäische Union (EU) verteidigen können muss. Eine gemeinsame EU-Armee könnte auf nationaler Ebene den Mitgliedsstaaten Geld einsparen. Aber ein grenzenloses konventionelles und atomares Wettrüsten lehne ich ab.

Es ist ein Irrglaube, anzunehmen, eine zu etablierende Europäische Armee könne in Weltkonflikte eingreifen und sie militärisch lösen. Auch von den 100 Milliarden Euro Sondervermögen, die zur Aufrüstung der deutschen Bundeswehr gedacht sind, sowie der Erhöhung des Rüstungshaushaltes auf zwei Prozent und mehr lassen sich weder ohne weiteres die strukturelle Misswirtschaft innerhalb der Bundeswehr beheben noch Frieden erkaufen.

Europas Stärke ist eine Politik der Diplomatie und der Deeskalation. Dabei muss die EU besonders für diejenigen eintreten, die sich für Menschenrechte und Demokratie engagieren. An vielen Stellen wird die EU ihren eigenen Werten jedoch nicht gerecht. Ein Blick an die EU-Außengrenzen und den Umgang mit Flüchtlingen, die nicht aus der Ukraine sind, macht dies sehr deutlich: Es finden überall „Pushbacks“ statt, die von EU-Mitgliedstaaten begangen, aber nicht geahndet werden. Die EU finanziert eine dubiose so genannte Libysche Küstenwache, die von Warlords organisiert wird und täglich Menschen zurück nach Libyen schleppt. Die EU-Agentur Frontex begeht zahlreiche Verstöße gegen Menschenrechte, was ein beschämendes Fazit ist. Eine menschenrechtskonforme EU-Außenpolitik ist die einzig denkbare Option, die sich mit den Europäischen Werten in Einklang bringen lässt.

Auch mit Blick auf Ukraine gilt unsere Sorge den Menschen vor Ort und denen auf der Flucht. Wir stehen auch an der Seite der Menschenrechtsaktivist*innen, der Kriegsgegner*innen und der regierungskritischen Journalist*innen in Russland.

Dietmar Köster ist seit Juli 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger aus Münster, Bochum, Dortmund und Hamm sowie den Kreisen Ennepe-Ruhr, Unna und Warendorf

Leider sind die jährlich beschlossenen Berichte des Europäischen Parlaments zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union von einer einseitigen Logik der militärischen Sicherheit geprägt. Sicherlich wird eine glaubwürdige, auch militärische Abschreckung noch längere Zeit von Bedeutung sein. Aber die einseitige Dominanz einer militärischen Logik birgt immer erhebliche Eskalationsgefahren. Ebenso bleibt die Bedeutung von vertrauensbildenden Maßnahmen für eine europäische Sicherheitsarchitektur in den Berichten unerwähnt.

Es bedarf deshalb einer großen Kraftanstrengung, um dem Ziel, eine europäische Friedensordnung zu schaffen, in welcher über Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung verhandelt wird, näher zu kommen. Die ist auch zwingend nötig, denn Frieden in der EU und in Europa ist die einzige denkbare Zukunftsoption, die moralisch zu vertreten ist. Deshalb hat John Lennon recht: Give peace a chance!

Verantwortung für eigene Sicherheit

Europaabgeordneter Markus Pieper über europäische Verteidigungspolitik (4. April 2022)

Dr. Markus Pieper

Der Europäische Rat und das Europäische Parlament haben wiederholt betont, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen muss. An erster Stelle stehen politische Einflussnahme und präventive Diplomatie. Unterstützend kann die Verhängung von friedensverträglichen und friedensdienlichen Sanktionen und Embargomaßnahmen hilfreich sein. Wirkt dies nicht braucht es einen „europäischen Verteidigungspfeiler“ – eine Defensivarmee über nationale Grenzen hinaus. Europa muss eine Friedensmacht sein.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In den späten 1990er Jahren entstand, als Konsequenz der Jugoslawienkriege, eine mit mehr und besseren Fähigkeiten ausgestattete, effizientere und stärker auf gemeinsames Handeln ausgerichtete Gemeinsame Sicherheits- und Ver-

teidigungspolitik (GSVP) mit fünf Prioritäten: Sicherheit der Union, Resilienz von Staaten und Gesellschaften in den Nachbarländern und den umliegenden Regionen, integriertes Konzept zur Bewältigung externer Konflikte und Krisen, kooperative regionale Ordnungen und globale Ordnungspolitik. Die Weiterentwicklung der GSVP und damit der Handlungsfähigkeit der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung waren ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Missionen und Einsätze der Krisenbewältigung sind der sichtbarste und greifbarste Ausdruck der GSVP - die EU wird ihrem Anspruch als globaler Sicherheitsakteur gerecht.

Einflussmöglichkeiten des EU-Parlaments

Das Europäische Parlament hat die Integration und Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich auf EU-

Ebene seit jeher mitgetragen. Das Parlament kontrolliert die GSVP und hat ein Kontrollrecht im Hinblick auf die Mittel für die GSVP (Artikel 41 EUV). Das Parlament berät zweimal pro Jahr über die Fortschritte bei der Umsetzung der GASP und der GSVP.

Strategischer Kompass für neue Impulse

Der Europäische Rat billigte am 21. März 2022 den Strategischen Kompass - ein Aktionsplan und Leitfaden, mit einem sehr genauen Zeitplan, für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030.

Der in Europa ausgebrochene Krieg erfordert die Stärkung der Resilienz und der Verteidigungsfähigkeiten der EU. Nur so kann die EU einen konstruktiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leisten, eine Ergänzung zur NATO bilden und die regelbasierte Weltordnung mit den Vereinten Nationen als Mittelpunkt stärker unterstützen.

Der Kompass deckt alle Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab und beruht auf den Säulen: „Handeln“, „Investieren“, „Mit Partnern zusammenarbeiten“ und „Sichern“.

Markus Pieper ist seit 2004 Europaabgeordneter der CDU für Nordrhein-Westfalen und vertritt den CDU-Bezirksverband Münsterland.

Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität

Die EU strebt die Entwicklung einer gemeinsamen Politik in den Bereichen Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz, sowie die Sicherstellung der Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung an. Diese Politik muss mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem dazugehörigen Protokoll vom 31. Januar 1967 im Einklang stehen.

Am 23. September 2020 veröffentlichte die Kommission das neue Migrations- und Asylpaket. Mit diesem Paket wird ein neues Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität angestrebt.

Nach den Regeln des Vertrags von Lissabon (Art. 42 bis 46) gestalten die einzelnen Mitgliedsstaaten die GSVP als Bestandteil der GASP im Konsensprinzip. Beschlüsse der EU über die Entsendung von Missionen oder Einsätzen werden in der Regel auf Ersuchen des Partnerlandes, dem die Hilfe gewährt wird, beziehungsweise auf der Grundlage einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gefasst. Auch hier gilt es ein Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität zu finden.

Vom Europa des Friedens zum Europa der Rüstung

Jürgen Wagner

Der durch nichts zu rechtfertigende russische Angriff auf die Ukraine verschafft den Akteuren, die bereits seit langem dem Friedensprojekt Europa endgültig den Rücken zuwenden wollen, derzeit leider massiven Rückenwind. Mit langjährigen Tabus, wie dem Verbot, Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, wurde gebrochen und gleichzeitig zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen das Europa der Rüstung immer konkretere Gestalt annimmt.

Schon die bisherige Hochrüstung der EU-Staaten hat Kriege nicht verhindern können, im Gegenteil. Die NATO gab 2020 etwa 18mal so viel für ihr Militär aus wie Russland (im Falle der EU waren es im selben Jahr rund 4mal so viel), es ist schwer zu glauben, dass wir dadurch sicherer werden, wenn dieses Verhältnis nun nach den riesigen Erhöhungen der Militärhaushalte auf eins zu fünf- und zwanzig oder mehr ansteigt.

Jetzt fließen also Milliardenbeträge in Rüstungsprojekte, deren Beitrag

zum Frieden, gelinde gesagt, fragwürdig ist. Viele davon sollen als europäische Kooperationsprojekte teils auch direkt im EU-Rahmen entwickelt werden – Stichworte sind die Eurodrohne (MALE RPAS), der Kampfpanzer (MGCS) oder das Luftkampfsystem (FCAS). Seit Juni 2021 verfügt die Europäische Union auch erstmals in ihrer Geschichte über eine Art Rüstungshaushalt, den EU-Verteidigungsfonds. Über ihn soll die Erforschung und Entwicklung länderübergreifender EU-Rüstungsprojekte bis 2027 mit knapp 8 Mrd. Euro bezuschusst werden.

Die Zivile Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Rüstungskontrolle fristen dagegen immer mehr ein Schattendasein. Dabei bräuchte es gerade jetzt auch Initiativen, die Wege aus der verfahrenen und militarisierten Situation aufzeigen, indem endlich ernsthaft die Arbeit an einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur in Europa aufgenommen wird. Hier würde eine wichtige Aufgabe einer Frie-

densmacht Europa liegen, die in dieser Angelegenheit aber leider durch Abwesenheit glänzt.

Was mir in dem Papier ein wenig fehlt, ist, warum dies der Fall ist, nämlich die Benennung konkreter Interessen, die mit dem Europa der Rüstung verknüpft sind. Denn die Aufrüstung der Europäischen Union verfolgt einen Zweck – und der lässt sich in fast allen offiziellen Papieren auch nachlesen. Nämlich dass es der Europäischen Union nur gelingen werde, ihre Interessen in Zeiten zunehmender Großmachtkonflikte durchzusetzen, wenn sie sich selbst als militärisch immer stärkerer und aktiverer Akteur in Stellung bringe.

Genau damit trägt sie aber ihren Teil zur Verschärfung der Großmachtkonflikte bei, deren Überwindung schon allein deshalb nötig wäre, weil viele der großen Herausforderungen der heutigen Zeit nur gemeinsam gelöst werden können: Der Klimawandel, das Artensterben, die aktuellen und künftigen Pandemien und die Überwindung einer auf Wettbewerb, Wachstum und Ausbeutung basierenden Ökonomie. Auf die Bewältigung dieser Fragen sollte sich die Friedensmacht Europa konzentrieren, das wäre das Gebot der Stunde.

Jürgen Wagner ist geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Die IMI arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und seine Rolle in der Welt. Als gemeinnütziger Verein ist es ihr Ziel, mit ihren Analysen und Informationen einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Die IMI versteht sich dabei als ein Mittler zwischen der Friedensbewegung und der wissenschaftlichen Bearbeitung von Konflikten und Konfliktkonstellationen durch die Wissenschaft. Mehr Informationen unter <http://www.imi-online.de/>

Und dennoch

Erklärung zum russischen Angriff auf die Ukraine

Der in der Nacht des 24. Februar begonnene kriegerische Angriff Russlands auf die Ukraine erschüttert uns und erfüllt uns mit tiefer Trauer. Bis zuletzt hatten wir gehofft, dass die vielfältigen Gespräche zu Lösungsansätzen führen und es nicht zu dieser Eskalation kommen wird. Wir haben uns getäuscht. Russland muss diesen Krieg sofort beenden und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen.

Wir sind in unseren Gedanken und mit unseren Gebeten bei den Menschen - insbesondere in der Ukraine -, die unter diesem Krieg leiden müssen, die voller Angst um ihre Angehörigen sind und die bereits Tote zu beklagen haben.

Wir fühlen uns solidarisch verbunden mit allen, die sich aktiv und gewaltfrei gegen diesen Krieg einsetzen, die diplomatischen Bemühungen nicht aufgeben, die in die Öffentlichkeit gehen und in vielfältiger Form gegen diesen Krieg protestieren. Besonders fühlen wir

uns den Menschen verbunden, die in der Ukraine zivilen Widerstand leisten und den Mut haben, sich unbewaffnet dem russischen Militär entgegenzustellen, und die in Russland mutig auf den Straßen gegen diesen Krieg demonstrieren. Ihnen gilt unser ganzer Respekt.

Wir bleiben dabei: Mit Gewalt sind keine Konflikte zu lösen und keine wirkliche Friedensordnung zu schaffen. Deshalb stehen wir Waffenlieferungen in die Ukraine wie grundsätzlich in alle Krisen- und Kriegsgebiete ablehnend gegenüber. Wir werden in unserem Einsatz für Gewaltfreiheit und zivile Konfliktbearbeitung nicht nachlassen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die in Folge dieses Krieges angekündigte massive Aufrüstung in Deutschland und sicher vielen weiteren NATO-Staaten der falsche Weg ist. Die Waffenlieferungen an die Ukraine werden den Krieg verlängern und damit zu mehr

Zerstörungen und Opfern führen - mit ungewissem Ausgang. Selbstverständlich hat die Ukraine das Recht, sich gegen diesen völkerrechtswidrigen Angriff militärisch zu verteidigen.

Wir stehen dazu, dass nach dem hoffentlich baldigen Ende dieses Krieges ein kritisches Nachdenken über seine Ursachen stattfinden muss. Für die Entwicklung einer dauerhaft friedlichen politischen Ordnung ist dies unabdingbar.

Wir geben die Hoffnung auf ein schnelles Ende dieses Krieges nicht auf und beten dafür.

Und dennoch

- zur Deeskalation beitragen - auch hier

- alle Kommunikationswege auf allen Ebenen in die Ukraine und nach Russland ausschöpfen
- den Opfern des Krieges helfen, wo es nur geht
- allen Geflüchteten zu ihrem Recht verhelfen
- Feindbildern und Hass widerstehen
- aggressiver Sprache keinen Raum geben
- Selbstgerechtigkeit vermeiden
- nicht in Vergeltungsdanken verfallen

Vorstand pax christi
Diözesanverband Münster
2. März 2022, 18 Uhr

Offener Brief an die pax christi-Mitglieder

Berlin, den 14.03.2022

Es stimmt: „Nie hatte die Menschheit so viel Macht über sich selbst, und nichts kann garantieren, dass sie diese gut gebrauchen wird“. Deshalb können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten, denn die Risiken werden wahrscheinlich immer den hypothetischen Nutzen, der ihm zugeschrieben wurde, überwiegen. Angesichts dieser Tatsache ist es heute sehr schwierig, sich auf die in vergangenen Jahrhunderten gereiften rationalen Kriterien zu stützen, um von einem eventuell „gerechten Krieg“ zu sprechen. Nie wieder Krieg! (FT 258)

Es ist wichtig hinzuzufügen, dass mit der Entwicklung der Globalisierung das, was als sofortige oder praktische Lösung für ein Gebiet der Erde erscheinen mag, eine Kettenreaktion von oft versteckt verlaufenden Gewaltfaktoren auslöst, die schließlich den gesamten Planeten betrifft und den Weg für zukünftige neue und schlimmere Kriege bereitet. In unserer Welt gibt es nicht mehr nur „Stücke“ von Krieg in dem einen oder anderen Land, sondern einen „Weltkrieg in Stücken“, weil die Schicksale der Nationen auf der Weltbühne zutiefst miteinander verflochten sind. (FT 259)

Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Fratelli Tutti“

Liebe pax christi-Mitglieder,

wir sind erschüttert über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und verurteilen ihn aufs Schärfste. Wir sind in Gedanken und Gebeten bei der ukrainischen Bevölkerung, die furchtbare Tage des Krieges und des Leidens durchlebt.

Wir appellieren an die russische Regierung, die Waffen schweigen zu lassen und sofort an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen und tritt das Völkerrecht mit Füßen. Die russische Regierung isoliert sich selbst damit

und fügt der Ukraine, aber auch Russland schweren Schaden zu.

Dieser Krieg richtet sich gegen die europäische Sicherheitsarchitektur, denn er zerstört den demokratischen Aufbau eines Landes. Er zerstört Menschenleben und Infrastruktur in der Ukraine. Er zerstört Vertrauen. Er zerstört die Umwelt. Dieser Krieg wirft die wachsende ukrainische Zivilgesellschaft und die Klimaschutzbemühungen massiv zurück.

Zugleich sind wir in Gedanken und Gebeten bei der russischen Bevölkerung. Dieser Krieg zerstört die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die für die russische Bevölkerung ein wichtiger Zukunftspfeiler ist. Wie viele Bürger:innen Russlands sind wie wir entsetzt über diesen Krieg, der für sie ein Bruderkrieg ist. Wir senden unser Mitgefühl zu allen, die verzweifelt ertragen müssen, welchen Krieg die russische Regierung führt, ohne dass sie es verhindern können. Wir stehen mit großem Respekt hinter denen, die öffentlich gegen den Krieg protestieren; wissend, dass sie dafür Repressionen zu erdulden haben.

Wir haben uns geirrt

Wir konnten uns nicht vorstellen, dass es zu diesem Krieg kommt. Wir haben seit Jahren aus der Ukraine, aus Polen und aus dem Baltikum die Sorgen und Warnungen vor

Übergriffen der Putin-Regierung auf frühere Gebiete der Sowjetunion gehört. Wir haben es gehört und nicht geglaubt. Das schmerzt, weil wir dadurch wohl auch die Angriffe russischer Truppen in Tschetschenien und Georgien wahrgenommen, aber zu wenig beachtet und nicht ausreichend Schlussfolgerungen daraus gezogen haben. Militärische Erfahrungen aus diesen Kriegen und aus Syrien werden jetzt in der Ukraine eingesetzt.



Genauso schmerzt, dass die Warnungen und Analysen aus der Friedensbewegung zur EU- und NATO-Politik ignoriert worden sind. Die Eskalation ist nicht gestoppt und damit die Gewaltspirale nicht verhindert worden. Wichtig ist uns aber die Klarheit, dass all diese politischen Fehler „des Westens“ Putins Angriffskrieg gegen die Uk-

raine in keiner Weise rechtfertigen können.

Wir erinnern an unsere Hoffnung auf Friedensdividenden nach dem Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs. Heute setzen wir uns weiterhin für den Aufbau einer gemeinsamen, gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur Europas unter Einbezug der Ukraine, Russlands und Belarus ein.

pax christi ist herausgefordert

Dieser Krieg fordert das Selbstverständnis der pax christi-Bewegung heraus. In der Präambel der Satzung heißt es: „pax christi – Der Friede Christi ist die bleibende Hoffnung und Vision unserer Bewegung. Der Glaube an die Friedensbotschaft Jesu Christi schenkte Menschen nach der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs Kraft und Mut zur Versöhnung, die von Christ:innen aus Frankreich ausging. Im Vertrauen auf diese Friedensverheißung halfen sie, Grundsteine für ein friedliches Zusammenleben der ehemals verfeindeten Völker Europas zu legen. Aus dieser Erfahrung, dass Versöhnung eine politische und religiöse Kraft ist, können wir schöpfen: Es ist möglich, Vergebung zu gewähren, statt Vergeltung zu üben; es ist möglich, Schuld nicht zu verdrängen, son-

dern einzugestehen und Versöhnung und Neuanfang zu wagen.“

Wir halten fest an der Option der Gewaltfreiheit

Die Vision, für die wir uns einsetzen, steht für eine Welt ohne Gewalt und Waffen. Gerade jetzt ist es uns wichtig, uns dieser Grundfesten unserer Bewegung zu vergewissern.

Wir halten fest an dem Ziel, zu einer gewaltfreien Friedenskultur beizutragen. pax christi will dazu beitragen, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen und die Gewaltspirale zu beenden.

Damit widersetzen wir uns der verbreiteten Gewohnheit, mit Gegengewalt auf erfahrene Gewalt zu reagieren. Aber wir stehen in einem Dilemma. Die Gottesliebe kann dem Christenmenschen gebieten, die eigene Ohnmacht anzunehmen und Unrecht zu erleiden. Als Nächstenliebe darf sie sich nicht mit der Ohnmacht und Unterdrückung der anderen abfinden – und Gott mit dem Rücken zu den Leidenden lieben wollen. In der Bergpredigt werden wir aufgefordert, auch die linke Wange hinzuhalten, wenn uns auf die rechte geschlagen wird. (Mt 5,39) Das bedeutet aber nicht, eine solche Handlungsweise einzufordern von anderen, denen auf die rechte Wange geschlagen wird.

Unter dieser Maßgabe orientieren wir uns an der Perspektive der aktiven Gewaltfreiheit und des zivilen Ungehorsams. Wir entscheiden uns für Gewaltfreiheit und arbeiten mit allen zusammen, die diese Option wählen.

Friede in Jesu Sinne verzichtet auf Gewalt. Friede fängt dort an, christlich zu werden, wo die Nächstenliebe die Feindesliebe miteinschließt. Der Nächste ist für uns Christ:innen auch der Feind. Und da fängt die Herausforderung an, uns zu zerreißen. Denn: das Liebesgebot duldet keine Grenzen – von Jesus her. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Gesprächskanäle auch nach Russland aufrechterhalten werden. Die Politik darf den Dialog nicht aufgeben. Weiterhin darf nicht aufgehört werden, auf allen diplomatischen Wegen nach deeskalierenden Lösungen zu suchen.

Unsere Unterstützung haben alle, die vor diesem Krieg fliehen und versuchen, die Ukraine zu verlassen. Wir sind dankbar für die offenen Grenzen für diese Menschen. Wir fordern alle Regierungen auf, dafür zu sorgen, dass diese offenen Grenzen unterschiedslos für alle Menschen gelten, die diesem und anderen Kriegsgebieten zu entkommen versuchen. Rassistische Zurückweisungen sind ein Skandal und müssen eingestellt werden.

Alle Menschen, die vor diesem und anderen Kriegen fliehen, haben ein Recht auf Asyl, Schutz und Aufnahme in sicheren Gebieten.

Wir setzen uns ein für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sowohl in Russland als auch in der Ukraine.

Wo bleibt der Vorrang für zivil?

Sehr besorgt macht uns der Paradigmenwechsel, den Bundeskanzler Scholz für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verkündet hat. Wir verstehen den Anspruch an die deutsche Politik, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen. Wir sehen, dass in der Vergangenheit falsche Entscheidungen getroffen wurden. Es fehlt eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur unter Einbezug aller europäischen Länder außerhalb der EU. Es ist ein Fehler deutscher Politik, diese seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion nicht angestrebt und mitaufgebaut zu haben. Aber wir fragen: Ist die jetzt angekündigte „Zeitenwende“, die sich vor allem als militärische Aufrüstung Deutschlands zeigt, wirklich alternativlos?

pax christi lehnt die von Bundeskanzler Scholz angekündigten massiven Umlenkungen von Steu-

ergeldern ins Militär als Schritt in die falsche Richtung ab. Stattdessen sollten die Ressourcen der zivilen Konfliktbearbeitung weiter ausgebaut werden. Hierbei geht es um die wichtige Expertise des zivilen Friedensdienstes in der Konfliktprävention und -nachsorge und um noch mehr. Es geht um den Vorrang für zivil, um faire Weltwirtschaftsstrukturen und die Globalisierung von sozialer, kultureller und medizinischer Infrastruktur. Es geht um die Anerkennung und den klugen Ausgleich zwischen den Interessen von Industrieländern und rohstoff-exportierenden Staaten. Es geht um die Förderung der Resilienz pluralistischer, liberal-demokratischer Gesellschaften gegenüber den Zumutungen autokratischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen. Weiterhin und immer wieder geht es beim Vorrang für zivil auch um die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der Schöpfung.

Das 2%-Ziel der NATO bleibt eine rein quantitative Maßgabe, die bar jeglicher inhaltlichen Fundierung keine Sicherheit schafft, sondern den wahren Herausforderungen wie soziale Gerechtigkeit, Bildung und Klimaschutz notwendige Finanzen und Aufmerksamkeit entzieht. Dieser NATO-Beschluss war und ist ein Förderprogramm für die Rüstungsindustrie. Frieden schaffen

geht anders – auch jetzt angesichts des menschenverachtenden Angriffskriegs von Putins russischen Truppen auf die Ukraine. Die ethisch und sachlich begründete Kritik und Ablehnung der Anschaffung bewaffneter Drohnen, der nuklearen Teilhabe und der Anschaffung neuer, für Atomwaffen geeigneter Kampfflugzeuge ändert auch Putins Krieg gegen die Ukraine nicht. Hier werden Stimmungen ausgenutzt. Die behauptete Alternativlosigkeit behindert die so nötige breite gesellschaftliche Diskussion zur Außen- und Friedenspolitik.

Auch die viel beschworene mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr, auch bisher mangelhaft entwickelte Fähigkeiten bspw. im Bereich des Cyberschutzes rechtfertigen keinesfalls diese horrenden Rüstungsausgaben. Eine solche opportunistische Prioritätensetzung setzt vielmehr die Glaubwürdigkeit der Politik aufs Spiel.

In seiner Enzyklika „Fratelli Tutti“ macht Papst Franziskus sich für die internationale Rechtsordnung stark. Er schreibt: „Wenn man eine wirkliche ganzheitliche menschliche Entwicklung für alle anstrebt, muss man weiter unermüdlich der Aufgabe nachgehen, den Krieg zwischen den Nationen und den Völkern zu vermeiden. Zu diesem Zweck muss die unangefochtene Herrschaft des

Rechtes sichergestellt werden sowie der unermüdliche Rückgriff auf die Verhandlung, die guten Dienste und auf das Schiedsverfahren, wie es in der Charta der Vereinten Nationen, einer wirklich grundlegenden Rechtsnorm, vorgeschlagen wird.“ (FT 257) pax christi wird sich auch künftig für eine Stärkung der Vereinten Nationen, für ihre Strafgerichtsbarkeit und für Reformen einsetzen, die die friedensfördernden und Friedens erhaltenden Möglichkeiten der VN stärken.

Was können wir jetzt tun?

Das TUN, was prioritär nötig ist und notwendig gebraucht wird:

In der ersten Austauschrunde des Bundesvorstandes mit den pax christi-Expert:innen zur Ostarbeit und zur Friedenspolitik wurde es so formuliert: Es geht jetzt darum, die Verheißung auf eine Zukunft in Frieden wachzuhalten.

Deshalb beteiligen wir uns an der Organisation von öffentlichen Zeichen gegen den Krieg, wie Demonstrationen oder Friedensgebeten.

Mit Friedensgebeten schaffen wir Orte zur gegenseitigen Stärkung. Zum Beten für die, die unter diesem Krieg leiden und auch zum Teilen der Ohnmacht, die wir angesichts dieses brutalen Krieges empfinden.

Durch den Aufruf zu Mahnwachen und Demonstrationen, schaffen wir Möglichkeiten, das eigene Unbehagen auf die Straße zu tragen und politisch die Stimme zu erheben. Wir erleben das Miteinander als Bestärkung in unserem Einsatz für ein Ende des Krieges und das Ende der Gewalt.

Wir setzen uns dafür ein, Kriegsflüchtlinge bei uns willkommen zu heißen.

Kriegsdienstverweigerer:innen aus der Ukraine und Russland sind bei uns aufzunehmen; das individuelle Recht, sich einem Kriegsdienst mit der Waffe zu entziehen, muss unbestritten bleiben und anerkannt werden.

Unterstützt die Aufrechterhaltung bestehender Partnerschaften aus der Ukraine und Russland: Alle individuellen, beruflichen sowie organisatorischen Kontakte in die Ukraine und Russland sollten in diesen Zeiten wiederbelebt bzw. beibehalten werden.

Wir sind froh um die Gemeinschaft, die wir in der pax christi-Bewegung haben, die uns Rückhalt und Hoffnung gibt.

Mit Friedensgrüßen

Der pax christi-Bundesvorstand

Ukraine: Ein Krieg um die zerfallende Weltordnung

Koblenz, 05.03.2022

Der zynische Angriff Russlands auf die Ukraine ist ohne wenn und aber zu verurteilen und durch nichts zu rechtfertigen. Er hinterlässt Tote und Verwundete, treibt Menschen in die Flucht und zerstört lebenswichtige Infrastruktur. Mit diesem Krieg finden die ‚Weltordnungskriege‘ eine neue und gefährliche Stufe der Eskalation. Seit den Kämpfen um Irak und Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren werden sie vor allem in und um zerfallende Staaten, vornehmlich im globalen Süden geführt. Für unzählige Menschen haben sie die Lebensgrundlagen zerstört. Bis heute treiben sie immer mehr Menschen in Flucht und Tod.

Die Situation rund um die Invasion Russlands lässt sich weder mit der Bosheit Putins als eines autokratischen Herrschers noch mit der Boshaftigkeit des Handelns der westlichen Akteure erklären. Entscheidend sind die strukturellen Zusammenhänge, in die das Handeln der Akteure eingebunden ist. Es ist der Zusammenhang des Zusammenbruchs der herrschenden Weltordnung und ihrer Imperien in der Krise des Kapitalismus. Sie lässt sich nicht mehr auf ‚zerfallende Staaten‘ an der Peripherie eingrenzen, sondern rückt als Zer-

fallsprozess auch den europäischen Staaten ‚auf die Pelle‘. 1989 wählte sich der kapitalistische Westen als Sieger über den zusammengebrochenen Osten. Verkannt wurde, dass nicht ein Systemkonkurrent, sondern der ‚Zwillingsbruder‘ des kapitalistischen Westens sein Ende gefunden hatte: die etatistische Variante der Warenproduktion, auch Staatskapitalismus genannt. Der Zusammenbruch dieser Variante der Warenproduktion war aber bereits Ausdruck dafür, dass die kapitalistische Warenproduktion auf ihre finale Krise zuläuft,

weil sie gezwungen ist, Wert und Mehr-Wert schaffende Arbeit durch Technologie zu ersetzen und sich so selbst das Wasser abzugraben. Die mit der modernen Warenproduktion einhergehende Standort-Konkurrenz führte den Ostblock aufgrund seiner etatistisch eingeschränkten kapitalistischen Handlungsoptionen in den Ruin, in den nach der Schuldenkrise des globalen Südens zweiten großen „Kollaps der Modernisierung“ (Robert Kurz).

Aus den Krisen des kapitalistischen Weltsystems geborene Kriege

Logisch konsequent ist es, dass auch der siegreiche Westen immer mehr in die Krise geriet. Sie agiert sich aus in den allgemein bekannten, aber unverstandenen Krisenphänomenen: soziale Spaltungsprozesse, Verschuldung, Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen, Zerfall von Staaten, zunehmende (Bürger-)Kriege, Migration und Flucht, ideologische und gewaltsame ‚Verarbeitungsstrategien‘... Von diesen Zerfallsprozessen sind auch die ehemals bipolaren östlichen und westlichen Imperien betroffen, die es zudem noch mit dem Konkurrenten China zu tun bekamen. Länder der westlichen Zentren konnten die Krisenprozesse durch Verlagerung nach außen abfedern:

die USA über Defizitkreisläufe, in denen – vermittelt über den Dollar als Weltgeld – die exorbitante Verschuldung im Rahmen einer regelrechten Finanzblasenökonomie jahrzehntelang aufrechterhalten werden konnte. Der Status des US-Dollar als Weltleitwährung konnte nicht zuletzt durch die Militärmacht der USA garantiert werden. Im Rahmen der Zerfallsprozesse kam es immer wieder zu teilweise völkerrechtswidrigen und mit Lügen legitimierten westlichen Interventionen und Kriegen – u.a. in Ex-Jugoslawien, im Irak oder in Afghanistan mit einem von Bundeswehr Oberst Klein 2009 angeordneten Massaker. Hinter der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch und den sog. humanitären Interventionen verbarg sich nichts anderes als der Versuch in einer zerfallenden globalen Welt im westlichen Sinn Ordnung zu schaffen. Dennoch war es den USA und denen mit ihnen in der NATO verbundenen Staaten nicht mehr möglich, ihre Rolle als Weltpolizei und damit als Garant der kapitalistischen Ordnung aufrecht zu erhalten – spätestens der Syrienkonflikt machte dies allzu deutlich. Deutschland konnte mit dem ‚Erfolgsmodell‘ Hartz IV und der damit verbundenen Senkung der Arbeitskosten zum Export(vize-)weltmeister aufsteigen, der seine Ausfuhrüberschüsse über die Verschuldung der Importländer

in der europäischen und globalen Peripherie finanzierte, während die Zerfallsprozesse vor allem an den Peripherien West- und Osteuropas voranschritten.

Die Krise in der Ukraine und die Krise Russlands

Während sich die Krisenprozesse auch in den westlichen Ländern verschärften, wurden die damit verbundenen inneren Widersprüche durch Expansion nach Osten hin – entgegen von Zusicherungen von 1989/90 – wirtschaftlich und politisch, vor allem über die NATO-Osterweiterung, kompensiert. Das ‚geschlagene‘ Russland wurde zu einer im Machtkalkül zu vernachlässigenden Größe – degradiert zu einem Rohstofflieferanten auf ‚Drittwehlniveau‘. Diese Prozesse waren militärisch von Aktivitäten begleitet, die über das Bündnisgebiet hinaus ausgedehnt wurden. Von Russland geforderte Sicherheitsgarantien wurden verweigert und gleichzeitig unter Präsident Trump wichtige Abkommen zur Rüstungskontrolle aufgegeben und die eigene Rüstung weiter vorangetrieben.

Das Erschrecken darüber ist nun groß, dass Russland sich als Großmacht behaupten will und ähnlich wie die USA und Europa seine Ein-

flusssphären sichern will. Nach den verheerenden ‚Machtspielen‘ um Syrien ist nun die – mit Unterstützung Europas und den USA – auf einen prowestlichen Kurs gebrachte Ukraine Ort der Exekution. Deren prowestliche Orientierung ist nicht einfach Ausdruck freier Selbstbestimmung, sondern eingebunden in das globale Krisengeschehen. Als erodierender Staat war die Ukraine zum Bedienungsladen von Oligarchen unterschiedlicher Couleure geworden. Einen Ausweg aus dem ‚Oligarchen- und Zerfalls-Kampf‘ sahen einige der Oligarchen und mit ihnen die sog. Demokratiebewegung in der Liaison mit dem Westen. Dieser Weg versprach Demokratie und Menschenrechte und unterwarf die Ukraine in gewohnter Manier einem Strukturanpassungsregime, was die verarmte Bevölkerung weiter verarmen ließ und zugleich versuchte, Arbeit suchende UkrainerInnen von den europäischen Arbeitsmärkten fernzuhalten – eine Ausnahme bilden billige Arbeitskräfte. Aufgrund der westlichen wirtschaftlichen und politischen Durchdringung im Gefolge der EU- und NATO-Erweiterungen, ist Osteuropa – ähnlich wie Südeuropa – zu einem verlängerten billigen Produktionsort und sich verschuldeten Konsumenten für westliche Güter geworden. In der Widersprüchlichkeit der Situation darf nicht verkannt werden, dass das westliche Erweiterungsstreben

sehr wohl mit dem nachvollziehbaren und berechtigten Bedürfnis Osteuropas einherging und -geht, die sowjetische und nun russische Vorherrschaft endlich und für immer hinter sich zu lassen.

Während der Westen die Einfluss-sphäre Russlands mehr und mehr eingrenzte, wurde Russland im Rahmen ökonomischer Zusammenarbeit mehr und mehr in die Rolle eines Energie- und Rohstofflieferanten gedrängt. Dem will Russland mit dem Krieg gegen die Ukraine (sowie bereits zuvor mit Auslandseinsätzen in Syrien oder Libyen) eine Grenze setzen. Dieser nicht zu rechtfertigende Krieg ist zum einen mit Leid und Tod der Bevölkerung verbunden. Darüber hinaus ist er besonders gefährlich, weil er begleitet ist von russischen Großmachtträumen, die sich historisch bzw. ideologisch mit wahnhaften Träumen von einem großrussischen Reich verbinden, die religiös fundamentalistisch legitimiert werden. Bereits die Eroberung der Krim rechtfertigte Putin mit der sakralen und religiösen Bedeutung der Insel für Russland, da auf der Krim der Kiewer Großfürst Wladimir 988 das Christentum angenommen habe. Zu den von Putin bevorzugten Philosophen gehört Iwan Iljin (1883-1954), dessen in der Schweiz beigesetzten Leichnam Putin 2005 mit einer entsprechenden Insze-

nierung ‚heim holen‘ ließ. Nach ihm ist, ganz in faschistischem Verständnis, der Staat eine organische Gemeinschaft, die – analog zur foucault'schen ‚Pastoralmacht‘ – von einem verständnisvollen und sorgenden Monarchen regiert und zusammengehalten wird. Auf der Höhe postmoderner Zeiten ist aktuell Aleksander Dugin Putins Hofphilosoph. Er beruft sich darauf, dass die Wahrheit eine Frage des Glaubens sei und es entsprechend eine spezielle russische Wahrheit gebe. Solches Denken bewegt sich in der Nähe ethnischer Identitätsvorstellungen, die etwa in den auf dem Balkan geführten Weltordnungskriegen in den 1990ern mit Völkermord einher gingen.

Im Rahmen dieser Vorstellungen wird die Auseinandersetzung mit dem Westen auf fundamentalistisch-identitäre Weise kulturell-religiös aufgeladen. Der Osten verteidigt gegen den religiösen und moralischen Niedergang des Westens die eigene religiöse und kulturelle Identität. Gegen die liberale westliche Demokratie wird hier die Idee des Autokratismus, der Herrschaft einer Person repräsentiert. Die Ukraine, die nach Putins Sicht zu Russland gehört, muss in das Reich zurückgeholt werden, zu dem sie ursprünglich gehörte. Anlass zur Besorgnis haben alle Länder, die zum Dunstkreis eines großrussischen

Reiches gezählt werden könnten. Das gilt besonders für Polen, das in seiner Geschichte mehrfach zum Opfer (groß-)russischer und deutscher Interessen wurde.

Krieg für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte

Gegenüber solchen Phantasien von Putin und Co. sind die westlichen ‚Erzählungen‘ von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten keineswegs rational, sondern haben ebenfalls mythologischen Charakter. Sie werden zum einen durch die Krisenrealitäten widerlegt – von Repressionen gegenüber Geflüchteten über Sozialabbau und den Abbau von Freiheitsrechten bis hin zu den bekannten Weltordnungskriegen. Sie sind dabei untrennbar mit den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen verbunden. Je mehr die Krise voranschreitet, desto stärker wird sich der kapitalistische Liberalismus analog zur Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus wieder mehr und mehr in autoritäre und repressive Strukturen und Ideologien zersetzen. Sie sind nicht das Gegenteil des Liberalismus, sondern seine unverzichtbare Kehrseite. Ähnlich wie nach 1989 die Halluzinationen vom Sieg des Westens über den Kommunismus, gehört es jetzt zu den ‚Lebenslügen‘ des Westens, einen außer Kontrolle geratenen

Diktator und einen autoritären von Russland dominierten Osten gegen einen auf der Grundlage demokratischer Werte besonnen handelnden Westen zu verteidigen. Das auf seine inneren logischen und äußeren ökologischen Grenzen stoßende warenproduzierende System, zu dem auch die vermeintlichen sozialistischen Alternativen gehört haben, gerät mehr und mehr außer Kontrolle. Das spiegelt sich im Handeln der Akteure, die in der aktuellen Situation die reale Ohnmacht größtenwahnsinnig überspielen – in solchem Größenwahn ihrem außer Kontrolle geratenen Widerpart nicht unähnlich.

Das Gefährliche der gegenwärtigen Situation liegt nicht zuletzt darin, dass sie nicht als Ausdruck der globalen Krise des Weltkapitals verstanden wird, in der der Globus dem irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Geld bzw. Kapital geopfert wird – wenn die Entscheidungsträger vollends durchdrehen, auch in einem atomaren Schlag. Vor dem Risiko von Fehleinschätzungen und menschlichem und technischem Versagen hat etwa Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses gewarnt. In der sich zuspitzenden Krise kapitalistischer Warenproduktion stehen sich keineswegs Gut und Böse, Rationalität und

Irrationalität gegenüber, sondern Handlungsträger und Subjekte, die eingebannt sind in Strukturen fetischisierter Verhältnisse und deren normativen und symbolischen Aufladungen. Ohne deren tödlichen und irrationalen Charakter zu erkennen, imaginieren sie sich auf der guten und rationalen Seite zu stehen, während die Gegenseite dem Reich des Bösen und Irrationalen zugeordnet wird. Beide Pole ein und desselben Krisenkapitalismus gelte es zu überwinden – und nicht einem davon das Wort zu reden und die Waffenarsenale weiter aufzustocken.

Vollmundig, naiv, unterkomplex – und viele Fragen

Vor diesem Hintergrund erweisen sich Reden und Handeln der Bundesregierung als vollmundig, naiv und unterkomplex. Wenn der Bundeskanzler von „Zeitenwende“ spricht, meint er: klare Kante im Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen russischer Diktatur und freiem Westen. Seine Außenministerin redet gar davon, es gehe darum, „Russland zu ruinieren“. Die Instrumente dazu sind Waffenlieferungen an die Ukraine, Wirtschaftssanktionen und Aufrüstung. Dies alles liegt in der blinden Logik dessen, was zu der aktuellen Eskalation beigetragen hat: verschärfte Konkurrenz

statt Kooperation. Es ist absurd: Eine Politik, die gescheitert ist, wird nun vollmundig als Lösung auf einer höheren und gefährlicheren Stufenleiter der Problemlagen durchgesetzt, verkauft und bejubelt. Den blutigsten Teil des Kampfes gegen einen übermächtigen Gegner sollen die als heldenhaft gerühmten Ukrainer ausfechten. Zu befürchten ist, dass je länger die Kämpfe dauern, immer mehr Menschen – Soldaten und ZivilistInnen – geopfert und zum Dank bzw. als Legitimation ihrer Opferung mit dem Heldenstatus versehen werden.

Die Folgen von Aufrüstung und Wirtschaftssanktionen sind absehbar: u.a. die Verschärfung der Krisen durch höhere wirtschaftliche Belastungen. Jetzt schon sind sie in Gestalt von Preissteigerungen für Heizöl, Sprit und Gas zu erkennen. Erdgas wird nicht nur zum Heizen benötigt, sondern auch für zahlreiche Prozesse in der Industrie. Die hohen Gaspreise werden also auch die Wirtschaft beeinträchtigen, evtl. bis hin zu Schließungen von Firmen wegen Brennstoffmangels. Mit der sich verschlechternden ökonomischen Situation verschlechtern sich auch die Aussichten, die Maßnahmen umzusetzen, die angesichts der sich verschärfenden Klimakrise unabdingbar sind. Und was wird aus dem freiheitlichen Subjekt, das nicht einmal begrenzte

Einschränkungen ‚einer Freiheit‘ bei der Bekämpfung der Coronapandemie aushalten kann und das den Klimaschutz mehr fürchtet als Unwetter, wenn es zu noch gravierenderen Einschränkungen der kapitalistischen Normalität kommen könnte? All die Probleme um Verschwörungswahn, Rassismus und Antisemitismus dürften sich weiter verschärfen, wenn die Finanzierung von Aufrüstung und Wirtschaftssanktionen in der Krise des Kapitalismus mehr und mehr auf ihre Grenzen samt entsprechender Sparmaßnahmen stößt, es zu wirtschaftlichen Einbrüchen, zunehmender Inflation und dem Platzen von Finanzblasen kommt.

Schon jetzt ist klar, dass von Menschen mit geringem Einkommen die sich bereits abzeichnende Kostensteigerung von Heizkosten und Lebensmitteln nicht zu bewältigen ist. Russland und die Ukraine sind u.a. große Weizenproduzenten. Vor allem in Ländern der Zweidrittelwelt werden sich Ernährungskrisen verschärfen, wenn sie nicht schon – wie u.a. in Madagaskar – längst klimabedingt da sind. Das gilt im Blick auf ausbleibende Importe aus Russland, als auch im Blick auf steigende Energiepreise, die für Transport und Landwirtschaft höchst relevant sind. Und was wird dann aus den Fliehenden und Geflüchteten? Die 2015 aufgeflamnte

‚Willkommenskultur‘ war nicht nur schnell vorbei, sondern schlug um in Hass und Aggression gegenüber nicht-westlichen Menschen. Aus der Ukraine kommen gegenwärtig noch die politisch ‚richtigen‘ Flüchtenden. Was aber geschieht, wenn sich immer mehr zur Flucht gezwungen sehen? Und was wird mit den Fliehenden, die infolge der Wirtschaftssanktionen aus Russland in die Flucht getrieben werden, aber nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine gesehen werden, oder denen schon aufgrund ihrer Herkunft kein Asyl gewährt wird? Zu befürchten ist, dass Flüchtende massiv gegeneinander ausgespielt und die Repressionen gegenüber den aus den globalen Krisenländern Fliehenden verschärft werden. Während weiße Flüchtende aus der Ukraine zurecht selbstverständlich aufgenommen werden, werden nicht-weiße Flüchtende am Überreten der Grenze von der Ukraine gehindert, bleibt die hoch militarisierte Grenze Polens zu Belarus, an der eine unbekannte Anzahl Asylsuchender hungrig in der Kälte kumpiert, geschlossen. Einen Vorgesmack künftiger Auseinandersetzungen bieten die Legitimationen solchen Vorgehens. Das Kommunikationsbüro der Slowakei ließ in einem inzwischen gelöschten Tweet verlauten: „Ukrainische Flüchtlinge kommen aus einem Umfeld, das in

einem kulturellen religiösen und historischen Sinn etwas anderes ist als jenes, aus dem Flüchtlinge aus Afghanistan kommen.“ Ähnlich spricht Bulgariens Premierminister Petkow davon, dass aus der Ukraine Flüchtlinge kommen, „an die wir gewöhnt sind. Diese Menschen sind Europäer. Diese Menschen sind intelligent. Sie sind gebildet... keine Menschen mit unklarer Vergangenheit, die vielleicht sogar Terroristen waren.“

Wenn sich Perspektiven für Auswege aus den sich mehr und mehr zuspitzenden Krisen der kapitalistischen Vergesellschaftung ergeben sollen, ist der Blick auf das Ganze der Verhältnisse und seine komple-

xen Verwicklungen unverzichtbar. Gebrochen werden muss mit den Mythen und Lebenslügen vom ‚freien Westen‘ ebenso wie mit denen eines Sendungsauftrags für ein russisches Großreich oder sonst einen autokratischen Fundamentalismus. An ihre Stelle muss eine ungeschminkte und selbstkritische Reflexion über die Verstrickungen und Verwicklungen der gegenwärtigen Krisenkonstellationen treten. Am gefährlichsten scheint ein identitärer Zusammenschluss zu einem Bollwerk des Guten gegen das Böse, der Freiheit gegenüber der Diktatur, das die Opfer der westlichen Freiheit ebenso ausblendet wie deren autoritär-diktatorische und rassistische Kehrseite.

Ökumenisches Netz Rhein – Mosel – Saar e.V.
www.oekumenisches-netz.de

Sicherheit neu denken - gottseidank

100 Milliarden Euro für die Sicherheit? Endlich!

Bernhard Damm

Die Bundeswehr brauche angesichts der Zeitenwende durch den russischen Angriff auf die Ukraine „neue, starke Fähigkeiten“, sagte Scholz. Maßstab müsse sein, dass alles getan werde, was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht werde. „Klar ist: Wir müssen deutlich mehr investieren in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen“, sagte Scholz.¹

Dem kann man nur zustimmen und auch als pax christi Mitglied würde ich das unterschreiben.

Nun beginnt also endlich der Ausbau ziviler Sicherheitspolitik:

Unsere Vision 2040 wird schon jetzt wahr:

- Deutschland stellt bis 2040 in Kooperation mit anderen Ländern komplett auf eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik um. Deutschland investiert jährlich 80 Mrd. Euro in zivile Krisen-Prävention anstatt in die Bundeswehr.
- Entsprechend der Forderungen der Fridays-for-Future-Bewegung leben und wirtschaften wir im Einklang mit den Pariser Klimazielen. Wir nehmen die Klimakrise genauso ernst wie die Corona-Pandemie.
- Dank jährlich 27 Mrd. Euro deutscher Beitragszahlungen ist die UNO wirklich wirksam.²

Leider alles nur Wunschdenken. Nicht, dass man nur die Hälfte der Vision Realität werden lässt.

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-sondervoegen-scholz-101.html>

² <https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/>

Man denkt gar nicht daran:

- dass Sicherheit anders als militärisch gedacht werden kann. In der gesamten Diskussion dominiert die militärische Variante des Sicherheitsdiskurses.
- dass Sicherheit mit zivilen, gewaltfreien sozialen Verteidigungsformen unterstützt werden muss
- dass mit dieser Politik allein die erhoffte Abschreckung Wirkung zeigt
- dass im Falle des Scheiterns ein Krieg keine Sicherheit erzeugen kann
- dass die neuen Flugzeuge ein extremes Eskalationspotential entfalten, was man verharmlosend „nukleare Teilhabe“ nennt
-

Sicherheit wird nur militärisch gedacht, obwohl alle sehen: allein militärisch gibt es keine Sicherheit. Aber auch keinen Sieg, wie Putin erkennen wird. Damit ist nicht bestritten, dass ein Land bei einem aggressiven Angriff das Recht hat, sich zu verteidigen mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, solange sie nicht das Bestehen großer Teile der Menschheit gefährden.

Wir sollten weiterhin darauf bestehen, dass Frieden ein großes Projekt ist, das nur gelingen kann, wenn (neben militärischen Mitteln) mit den Elementen gewaltfreier sozialer Verteidigungsformen gearbeitet werden kann.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine

und seine Auswirkungen auf unsere Städte

*Die pax christi-Regionalgruppe RE hat folgenden Brief an Bürgermeister*innen des Kreises Recklinghausen und den Landrat des Kreises RE geschrieben. In ähnlicher Form wurde auch ein Brief an die Religionsgemeinschaften im Kreis RE versendet.*

Die Briefe haben wurden in der Sorge um Verfeindungen und um die Entsolidarisierung mit Geflüchteten, die nicht aus der Ukraine kommen, geschrieben. Sie sind auch ein Beispiel dafür, was wir vor Ort tun können.

Auch wir sind entsetzt über diesen völkerrechtswidrigen kriegerischen Überfall Russlands auf die Ukraine. Wir sind in unseren Gedanken bei den Menschen, die unter diesem Krieg leiden müssen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, die voller Angst um ihre Angehörigen sind und die bereits Tote zu beklagen haben. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass dieser Krieg entgegen allen Erwartungen noch ein schnelles Ende finden wird.

Die Auswirkungen des Krieges zeigen sich nun auch in den Städten

des Kreises Recklinghausen, am deutlichsten in den Geflüchteten, die aus der Ukraine zu uns kommen. Schon frühzeitig oder hoffentlich noch rechtzeitig haben die städtischen Verwaltungen in Zusammenarbeit mit den Kommunalpolitikern, den Integrationsräten, den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Flüchtlingsinitiativen die notwendigen Vorbereitungen für eine gastfreundliche Aufnahme der Geflüchteten getroffen. Die Hilfsbereitschaft ist allerorten sehr groß.

Auch wenn es ungewöhnlich ist, so möchten wir uns mit diesem Brief an Sie wenden, weil wir zwei besondere Sorgen und damit verbundene Bitten haben.

Dieser Krieg darf weder dazu führen, dass sich unsere russisch- und ukrainisch-stämmigen Mitbürger untereinander verfeinden, noch, dass sich eine ablehnende Haltung gegenüber russischstämmigen Mitbürger*innen entwickelt. Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft sollten sich der sicher nicht einfachen Aufgabe stellen, für beginnende Feindschaften sensibel zu sein und mit geeigneten Schritten dagegen zu intervenieren. Für diese Aufgabe können die Religionsgemeinschaften, die Vereine und Wohlfahrtsverbände sicher mit ins Boot genommen werden. Die Konfrontation beginnt schon dort, wo Schüler*innen russisch-stämmige Mitschüler*innen auffordern, sich von Putin zu distanzieren. Bitte bleiben Sie aufmerksam und tun Sie, was in Ihrer Macht steht, um Feindschaft, Hass und Vergeltungsdanken entgegenzuwirken!

Es ist vollkommen richtig, den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Dazu trägt bei, dass ihnen aufenthaltsrechtliche Erleichterungen gewährt werden, so dass

sie sich nicht zu sorgen brauchen, vorzeitig zurückkehren zu müssen. Es ist aber genauso richtig, bei der Hilfe für Geflüchtete keine Unterschiede zu machen. Die Aufnahme- und Hilfsbereitschaft darf sich nicht auf die Menschen aus der Ukraine beschränken und sie darf auch nicht zu einer Verdrängung anderer Geflüchteter führen. Bitte behalten Sie die anderen Geflüchteten im Blick und lassen Sie prüfen, ob Ihre Verwaltung schon alle Möglichkeiten, die ihr der gesetzliche Rahmen bietet, ausgeschöpft hat, um auch ihnen einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen. Auch diese Menschen möchten endlich hier bei uns ankommen und dazu gehören. Geflüchtete erster, zweiter oder dritter Klasse darf es bei uns nicht geben.

pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen

gez. Marianne Angenendt, Pfarrerin em. Erwin Busen, Christel Bußmann, Irmgard Busen, Dr. Mathias Cronauer, Bernhard Damm, Hermann Döbber, Dr. Hildegard Erlemann, Pfarrerin Ludger Ernsting, Irmgard Garus-Gertz, Johannes Gertz, Lukas Gertz, Rebekka Gertz, Reinhard Hahn, Pfarrerin em. Clemens-August Holtermann, Pfarrerin em. Dr. Ferdinand Kerstiens, Doris Knecht, Sr. Judith Kohorst, Heinz Kolletzki, Pfarrerin em. Bernhard Lübbering,

Dr. Gabriele Oltmans, Albertha Ottkowski, Beatrix Ries, Br. Bernhard Sobota, Gerd Westholt

Noch ein Wort zu uns: pax christi ist die nach dem 2. Weltkrieg aus der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland entstandene internationale ökumenische Frie-

denbewegung in der katholischen Kirche. Kern unserer Bewegung ist das Engagement für Versöhnung und ein gewaltfreies Miteinander der Menschen im Sinne Jesu von Nazareth.



Impuls zum 20. März 2022

Zum 3. Sonntag in der österlichen Bußzeit

Ferdinand Kerstiens

Befreiung

Wir alle stehen unter dem schrecklichen Eindruck des Krieges in der Ukraine. Ich weiß nicht, wie es ist, wenn ihr diese Worte lest. Putin hat den Krieg gewollt und befohlen. Es ist nicht der Krieg Russlands oder des russischen Volkes. Opfer werden viele Zivilisten und Soldaten, Männer und Frauen, Ukrainer und Russen. Ja, auch Russen werden Opfer des Machtwahns, russische Soldaten und ihre Familien, die russische Zivilgesellschaft. Im Krieg gibt es immer Opfer auf beiden Seiten. Die pure Lebensangst treibt Menschen in der Ukraine zur Flucht bis über die Grenzen hinaus, vor allem ältere Menschen, Frauen und Kinder. Die Männer, die bleiben wollen oder müssen um zu kämpfen, wollen Waffen. Da stehen wir vor einem Dilemma: Mehr Waffen bedeutet längeres Leiden und mehr Opfer. Da gibt es Strömungen auch in pax christi, die den Ukrainern nahelegen, die Waffen niederzulegen,

die Okkupation zu dulden und dann sozialen Widerstand zu leisten, den Okkupanten Zusammenarbeit und Gehorsam zu verweigern. Es gibt Menschen in der Ukraine, die solchen gewaltlosen Widerstand leisten. Davor kann man nur staunen! Sie verdienen alle mögliche Unterstützung! Doch ich frage mich: dürfen wir das von außen anraten? Wir müssen doch auch den freien Willen der Ukrainer, ihren Freiheitsdrang und ihren Mut respektieren, mit dem sie sich militärisch verteidigen wollen.

Für mich ist dieses Dilemma Teil der strukturellen Sünde unserer Weltgesellschaft, in die wir alle verwickelt sind. Ich sehe mich nicht in der Lage und berechtigt, den Ukrainern einen Rat zu geben. Was wir können ist: die Politiker*innen auf allen Seiten mit unserer Kraft unter Druck zu setzen, Deeskalation zu ermöglichen, die Opfer zu minimieren, Kompromisse zu suchen, damit möglichst bald die

Waffen schweigen, das Töten aufhört, Verständigung, ja, Versöhnung möglich werden, wie wir das nach dem letzten Weltkrieg erfahren durften. Pax christi ist selber dafür ein Beispiel, das uns von Frankreich geschenkt wurde. Wir können uns mit den Opfern solidarisieren, demonstrieren, beten, spenden und den Geflüchteten helfen, auf jeden Fall: den Krieg von den Opfern her sehen, nicht vom internationalen Machtkalkül. Wir dürfen die Russen nicht verteufeln. Wir müssen auch zu unserer Ohnmacht stehen.

Die Berichte aus der Ukraine wühlen mich persönlich sehr auf, weil ich das alles im Alter von 8 bis 12 Jahren selber erlebt habe. Das kommt alles wieder hoch: Die Luftangriffe in Düsseldorf im Keller; Bomben, Luftminen und Brandbomben nebenan; am Morgen Lauf durch die immer noch brennenden und einstürzenden Häuser, um zu schauen, ob meine Freunde noch lebten; Tief-fliegerangriffe auf alles, was sich bewegt; nach dem großen Angriff auf Oberhausen und Duisburg zu Fuß von Oberhausen mit meiner Mutter durch die brennenden Städte zurück nach Kaiserswerth; Abtransport aus der Kriegszone, der dann aber nicht klappte; sechs Wochen im Keller eines Krankenhauses mit ca. 30 Personen auf Strohschütte bei zum Teil pausenlosen Beschuss der alten romanischen Basilika direkt

daneben.... Ich sehe mich in den Kindern wieder, deren Bilder wir heute sehen....

Wo finden wir Antworten, die tragen, die Hoffnung stiften und Zukunft ermöglichen? Da trifft uns die heutige Lesung (hier etwas gekürzt):

Ex 3,7-8a.13-15

Der Herr sprach zu Mose: Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen, und ihre laute Klage über ihre Antreiber habe ich gehört. Ich kenne ihr Leid. Ich bin herabgestiegen, um sie der Hand der Ägypter zu entreißen und aus jenem Land hinaufzuführen in ein schönes, weites Land, in ein Land, in dem Milch und Honig fließen.

Da sagte Mose zu Gott: Ich werde also zu den Israeliten kommen und ihnen sagen: Der Gott eurer Väter hat mich zu euch gesandt. Da werden sie mich fragen: Wie heißt er? Was soll ich ihnen darauf sagen? Da antwortete Gott dem Mose: Ich bin der „Ich-bin-da“. Und er fuhr fort: So sollst du zu den Israeliten sagen: Der „Ich-bin-da“ hat mich zu euch gesandt. Weiter sprach Gott zu Mose: So sag zu den Israeliten: Jahwe, der Gott eurer Väter, der Gott Abrahams, der Gott Isaaks und der Gott Jacobs, hat mich zu euch gesandt. Das ist mein Name für immer, und

so wird man mich nennen in allen Generationen.

Wenn ich im Auto sitze und sehe einen Polizisten, dann denke ich automatisch: Was habe ich falsch gemacht? Gleich wird er dich anhalten! Bei manchen Leuten ist auch das Gottesbild so geprägt. Die Älteren haben es ja früher so gelernt: „Ein Auge ist, das alles sieht, auch was in dunkler Nacht geschieht.“ Gott war der allgegenwärtige Polizist, der alles sieht, jeden Fehler, und sofort ein Protokoll aufnimmt. Ein schrecklicher Gott, den man nur fliehen kann, ein schrecklicher Gott, vor dem man nicht fliehen kann!

Doch es gibt auch eine andere Erfahrung: Ein Kind wird nachts wach. Es hatte Angstträume. Es ruft nach seiner Mutter, seinem Vater. Die hören das Schreien, kommen und sehen danach, was dem Kind fehlt. Wenn das Kind die Eltern sieht, kann die Angst langsam weichen. Wenn jemand kommt und mit Liebe mich in meiner Not sieht, dann ist nicht einfach die Angst weg oder die Krankheit geheilt. Aber das Kind oder der Kranke wird schon ruhiger: Da ist jemand, dem man vertraut, der es gut mit einem meint, der helfen kann. Er/sie sieht mich nicht nur mit den Augen, sondern mit einem verstehenden Herzen. Der Bann der Krankheit ist dann schon gebrochen, auch wenn der herbei-

gerufene Arzt noch nichts getan hat. So gehört und gesehen werden, ist schon der Anfang der Heilung.

Gott hört und sieht

Auf diese Weise sieht und hört Gott, nicht wie der allgegenwärtige Polizist. „Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen und seinen Aufschrei gegen seine Unterdrücker gehört.“ So offenbart sich Gott dem Mose. Damit ist die Knechtschaft noch nicht beendet. Aber ihr Bann ist gebrochen! Ihr Ende ist angekündigt! Ein neuer Beginn ist gemacht. Gott geht es um jeden einzelnen Menschen, aber immer zugleich um das ganze Volk, um alle Menschen. Er sieht das Elend seines Volkes und hört seinen berechtigten Schrei. Da ist es nur konsequent, wenn die Gottesrede fortfährt: „Ich kenne ihr Leid. Ich bin herabgestiegen, um sie der Hand der Ägypter zu entreißen.“ Dies ist für Israel zur tröstlichen Gewissheit geworden durch seine ganze wechselvolle Geschichte hindurch: Gott sieht das Elend seines Volkes, und er ist bereit, sich einzusetzen. Er will nicht das Elend und will keine Knechtschaft. Er will zum Leben führen, zur Freiheit. Israel hat dieses Gedächtnis seiner Befreiung wie ein kostbares Erbe bewahrt und immer wieder daraus Hoffnung und Kraft geschöpft. Die Psalmen, die Propheten haben daran erinnert und das Volk aus aller Ohnmacht,

aus aller Schuld geweckt und zu neuem Aufbruch motiviert.

So heißt es in dem Aaronitischen Segen: „Der Herr lasse sein Angesicht über dir leuchten und sei dir gnädig. Der Herr wende dir sein Angesicht zu und gewähre dir Heil.“ (Num 6, 25f). So dürfen wir einander segnen. Um diesen Segen dürfen wir Gott auch für die Menschen in der Ukraine bitten.

Basisgemeinden

Die Basisgemeinden Lateinamerikas entstanden und leben heute in diesem Vertrauen, die vielen „Kleinen Christlichen Gemeinschaften“ in Afrika und Asien, auch Christinnen und Christen in der Ukraine: Gott sieht unser Elend und er hört unser Schreien! Er will nicht unsere Ohnmacht, unsere Knechtschaft, unser Leiden. Er will auch uns in die Freiheit, er will auch uns zum Leben führen! So finden sie immer wieder neu die Kraft aufzubrechen, um mehr Leben zu kämpfen. Ich habe es immer wieder oft bei unseren Besuchen in Brasilien gehört: „Wir wollen nicht in ein anderes Land ziehen, wo wir andere Menschen vertreiben müssten. Hier ist unser verheißenes Land. Hier müssen wir die Strukturen Ägyptens, die Strukturen der Unfreiheit und der Sklaverei überwinden.“ So feiern

sie ihre kleinen Siege mit großen Festen und Gottesdiensten. Denn sie wissen Gott in ihrer Mitte. So fühlen auch die Ukrainer*innen: hier ist unser verheißenes Land. Hier wollen wir in Freiheit leben und so sollen auch die Russ*innen in ihrem Land in Freiheit leben.

Wir

Doch eine bedrückende Frage kann ich nicht verschweigen: Auf wessen Seite stehe ich, stehen wir wirklich? Wenn die Armen in den Ländern des Südens sich in der Knechtschaft der Mächtigen dort und der Weltwirtschaftsunordnung sehen, wenn sich die Ukrainer angesichts des russischen Überfalls wie das Volk Israel damals in der Knechtschaft Ägyptens sehen, wo stehe dann ich? Gehören wir zu den Mächtigen in „Ägypten“? Ich denke, wir sind in der Regel nicht Täter der Unterdrückung, wohl aber deren Nutznießer. Wenn also die Völker dort sich befreien, wenn die Ukrainer um ihre Freiheit kämpfen, wenn Wirtschaftssanktionen gegen Russland auch unseren Wohlstand minimieren, dann berührt das auch uns, unsere/meine Freiheit und unsere/meinen Wohlstand. Sind wir dazu bereit? Auch der Frieden kostet – damit meine ich nicht die 100.000 € für das Militär.

Wenn wir zu diesem Gott gehören wollen, müssen auch wir sehen und hören und dürfen uns nicht verstecken: Die Opfer in der Ukraine, die Wohlstandsoffer in der weiten Welt, die Armen unter uns fordern unser Sehen und Handeln! Die Zahl der Opfer nimmt stetig zu. Langsam dämmert das vielen in unserer Gesellschaft auf.

Ich bin da

Auf all diese Fragen und Anfragen gibt es keine leichten Antworten. Aber wir dürfen die Geschichte des Auszugs aus Ägypten und der Befreiung aus der Knechtschaft nicht bloß wie einen spannenden Bericht aus längst vergangenen Zeiten hö-

ren, so als ob er uns nichts angehe. Er betrifft uns und unsere Zeit. Diese Geschichte spielt sich vielfach neu ab, mitten unter uns, auf der einen Welt. Mose fragt sein Gegenüber nach seinem Namen. Und Gott antwortet: „Ich bin der Ich-bin-da!“ Er ist da, wie er immer wieder da sein wird, aber auf jeden Fall an der Seite der Unterdrückten, damals und heute, aber oft verborgen, wie abwesend und ohnmächtig. Er ist nicht manipulierbar seitens der Menschen, schon gar nicht als der verfügbare Gott der Mächtigen. Wer diesem Gott begegnet, wird selber ein anderer Mensch, ein Mensch auf der Seite dieses Gottes, der sieht und hört und kommt, die Not zu wenden. Nur so kann Frieden entstehen, immer wieder neu.

Gebet:

Gott, wir danken dir,
dass du kein Gott bist,
der aus göttlicher Herrlichkeit und Weltenferne
auf das Elend der Menschen herabsieht,
sondern dass du das Elend und die Not siehst
und Partei ergreifst für die Unterdrückten.

Zeige dich auch heute als dieser Gott!
Bekehre die Mächtigen, die auf ihr Recht pochen
und dabei Menschen und Völker überfallen,
unterdrücken und ausbeuten.
Hilf, dass alle Menschen erfahren,
dass überall das versprochene Land ist,
wo sie leben können in Freiheit und Fülle,
heiliger Boden, wo wir dir begegnen.

Zeige dich auch heute als dieser Gott!
Nimm alle Religionen,
alle christlichen Kirchen dafür in Dienst!
Lass sie nicht über die Menschen herrschen,
sondern ihnen zum Leben dienen
in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.

So bitten wir durch und mit Jesus, unserem Bruder,
dem Zeugen deiner Menschenfreundlichkeit und Liebe,
mächtig und ohnmächtig in seinem solidarischen Leben und Sterben.
Du hast ihn bestätigt durch die Auferweckung zu dir
als Zeichen der Hoffnung auch für uns.

AMEN!

APPEL DES RELIGIONS POUR UNE PAIX JUSTE

Aufruf der Religionen für einen gerechten Frieden

Dieser Aufruf urde im Rahmen der Gedenkveranstaltung 2018 in Arras anlässlich des Endes des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren veröffentlicht. Wir drucken diesen erneut ab, da er nichts von seiner Aktualität verloren hat.

Hundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sind wir symbolisch versammelt im Herzen des Artois an der Frontlinie, die gezogen wurde von kriegsrauhem Raserei, mit ausradierten Städten und vertriebener Bevölkerung. Die großen Friedhöfe und Gedenkstätten der Krieg führenden Nationen hören nicht auf, uns an den gewaltsamen Tod von über einer halben Million Menschen zu erinnern. Von diesen Gräbern menschlicher Individuen, vieler Nationalitäten, verschiedener Religionen und Konfessionen, unterschiedlicher, manchmal gegensätzlicher Überzeugungen, erhebt sich der stille Schrei: „Welche Konsequenzen zieht ihr aus unserem Tod? Führt er euch auf den Weg des Friedens?“

Zusammen antworten wir entschieden: „Wir wollen niemals mehr einen Krieg rechtfertigen, sondern uns mit all unseren Kräften für den Aufbau des Friedens einsetzen. Alle unsere Gruppen, Bewegungen, Vereinigungen, Konfessionen und Organisationen, wir richten alle unsere Energien im Spirituellen, Intellektuellen, Künstlerischen und Ökonomischen darauf, aktiv einen gerechten Frieden zu schaffen.“ In diese Richtung führen verschiedene Wege.

Der erste ist der der Erziehung und Bildung. Durch andauernde und regelmäßige Anstrengungen wollen wir in gegenseitiger Kenntnis der Unterschiede, als Quelle der kulturellen und spirituellen Berei-

cherung, uns abwenden von der reflexhaften Angst vor Fremdem. Wir lehnen jede Ideologie ab, die verhindert, im anderen unseren menschlichen Bruder zu sehen, jemanden, mit dem wir einen Dialog führen können.

Der zweite Weg ist der der sozialen Gerechtigkeit, mit dem Einhalten der Menschenrechte und einem Justiz- und Regierungssystem, das die Regelung von Konflikten durch das Recht gewährleistet. Wir ekräftigen, dass Frieden eine bessere Verteilung der wirtschaftlichen Güter zugunsten der von der Globalisierung ausgeschlossenen Menschen und der Opfer des Klimawandels braucht. Ein Einsatz dafür ist unabdingbar und vervollständigt unseren stets notwendigen Einsatz für Flüchtlinge.

Der dritte Weg zum Frieden ist der der Bewahrung der Schöpfung. Er fordert uns zu einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung heraus, durch ökologisches Handeln. Wir fordern von unseren Gesellschaften, vernünftig zu handeln und der Ausbeutung der Ressourcen der Erde, unseres gemeinsamen Hauses, entschieden Grenzen zu setzen. Schließlich muss unser tägliches soziales Handeln von einer Kultur des Friedens durchdrungen sein: in unseren Familien, unseren Schulen, unseren Gemeinschaften, unseren

Unternehmen, in unseren Städten und Dörfern. Mit unserem Herzen und in unserem ganzen Leben können wir lernen, unsere inneren Wunden zu heilen und daraus die Quelle gewaltfreien Handelns zu entwickeln. Es ist ein weiter Weg. Für ihn sind wir alle, alle unsere Organisationen mit verantwortlich.

Wir legen unseren Einsatz dafür allen politisch und institutionell Verantwortlichen, allen, die ein Mandat haben, das Wohl der Gemeinschaft und der Menschheit zu fördern und zu pflegen, ans Herz. Dieser Aufruf geht von unseren Religionsgemeinschaften aus. Aber er schließt alle ein, die sich, oft zu wenig beachtet, in unserer Welt dafür einsetzen, Frieden zu schaffen.

Lasst uns gemeinsam berühren von den Worten, die eingraviert sind in die Turmlaterne der Totengedenkstätte Notre-Dame-de-Lorette, die über die Toten und die Schlachtfelder des Großen Krieges im Artois wacht: « Peuples, soyez unis! Hommes, soyez humains! » („Ihr Völker seid eines Sinnes! Ihr Menschen besinnt euch auf Menschlichkeit!“)

Versammlung „Faites la paix“ 19.-22. April 2018

Übersetzung: Horst-Peter Rauguth

GEDANKEN

GEDANKEN



83 Wochen kein Schulunterricht in Uganda

pax christi fordert umfangreiches Sonderbudget

Maria Buchwitz

„Die Auswirkungen des Schul-Lockdowns in Uganda und in anderen afrikanischen Ländern sind verheerend. Hier muss sich die ‚wertebasierte Entwicklungspolitik‘, von der im Koalitionsvertrag die Rede ist, beweisen. Millionen von jungen Menschen sehen sich ihres Rechts auf Bildung beraubt“, beklagt Maria Buchwitz, Sprecherin der pax christi-Kommission `Solidarität mit Zentralafriká und fordert die Bundesregierung auf: „Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) muss ein Sonderbudget auflegen, um die betroffenen Gesellschaften zu unterstützen. Dabei soll die Förderung der Schulbildung Priorität erhalten.“ Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen die Kinder und Jugendlichen in afrikanischen Ländern besonders hart. Der normale Schulbetrieb blieb in Uganda für insgesamt 83 Wochen eingestellt - die längste Schulschließung weltweit. Im März

2020 wurden in Uganda Schulen und Internate geschlossen. Den Kindern und Jugendlichen fehlte dadurch nicht nur Unterricht und Tagesstruktur, sondern auch die regelmäßige Mahlzeit, die dort angeboten wird. Von Mitte Oktober 2020 bis März 2021 durften lediglich die Abschlussklassen in Uganda endlich in die Schulen zurückkehren.

Buchwitz erläutert weiter: „Hinzu kommt, dass die Einkommen in Uganda seit Beginn des Lockdowns um ca. 60 % gesunken sind. Mit dem Verkaufsverbot landwirtschaftlicher und handwerklicher Erzeugnisse auf kleineren Märkten und an den Straßen und zunehmender Arbeitslosigkeit verloren viele Familien ihre Erwerbsquellen und sind nicht mehr in der Lage sich ausreichend zu ernähren. Vor allem die Ernährung der Kleinkinder ist massiv gefährdet. Nach offiziellen Angaben hatten zwei von zehn Kindern in Uganda in der Folge we-

niger als eine Mahlzeit pro Tag, was insbesondere durch den Ausfall der Schulspeisungen verursacht wurde. Besonders betroffen sind Mädchen und junge Frauen. Teenagerschwangerschaften sind in Uganda um ca. 90 000 zusätzlich angestiegen. Das bedeutet einen Zuwachs von etwa 20 %. Diese jungen Mütter müssen sich nach der Geburt um ihr Kind kümmern und können nicht wieder die Schule besuchen. Mädchen und junge Frauen sind in ihrem Kampf um Gleichberechtigung und wirtschaftliche Teilhabe durch die lange Schulschließung massiv zurückgeworfen. Dies wird deutliche Folgen für das Bruttosozialprodukt haben, sich aber auch in Bereichen wie Zwangsverheiratung und häuslicher Gewalt auswirken, woraus sich Frauen und Mädchen nur durch bessere Bildung befreien können.“

Im Januar 2022, zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Schulen, bestand die Befürchtung, dass 3.500 Grundschulen wegen des katastrophalen Lehrermangels im Land nicht wieder würden öffnen können. Auch dies ist eine Folge der Pandemie, denn den ohnehin schlecht bezahlten Lehrer:innen wurden seit Beginn des Schul-Lockdowns keine Gehälter gezahlt. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, mussten sie sich andere Arbeit suchen. Gleichzeitig kehren aber auch viele Kinder nicht mehr in die

Schulen zurück. Gründe sind, dass viele Eltern wegen der sinkenden Einkommen die Schulgebühren nicht mehr bezahlen können und die Kinder jetzt für den Lebensunterhalt der Familien mitarbeiten müssen.

Maria Buchwitz kommt zu dem Schluss: „Die lange Schulschließung hat für die gesamte Entwicklung Ugandas, insbesondere für den Bildungsbereich, verheerende Folgen. Dies trifft ebenso auf viele andere afrikanische Länder zu, die hinter bereits erreichte Ziele deutlich zurückfallen. Diese Länder brauchen dringend Unterstützung, damit wir nicht von einer verlorenen Generation sprechen müssen.“

Hintergrund zur Situation in Uganda:

Die Regierung in Uganda verfolgte offiziell das Ziel, den allgemeinen Schulbetrieb erst wieder aufzunehmen, nachdem alle Lehrkräfte geimpft sind. Tatsächlich kommt das Impfprogramm gegen CoViD-19-Infektionen nur sehr schleppend voran, was natürlich auch eine Folge des Impfnationalismus der reichen Industrieländer ist. Derzeit sind etwa 4 % der ugandischen Bevölkerung vollständig geimpft. Unter den Lehrer:innen liegt der Prozentsatz etwas höher.

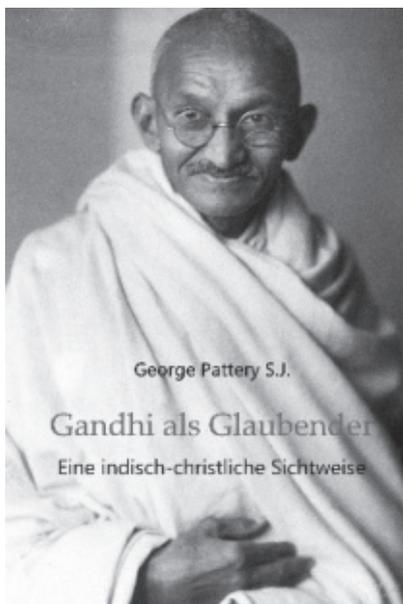
Gleichzeitig hatte im Frühjahr 2021 das Bildungsministerium strenge Hygienemaßnahmen als Voraussetzung für die Wiederaufnahme des regulären Schulbetriebs erlassen, sog. Standard Operating Procedures (SOP). Diese schreiben den Schulen eine ausreichende Menge von Wasserbehältern, Seife und Desinfektionsmitteln für alle Lehrer und Schüler vor; außerdem Schulbänke für nur je zwei Kinder (physical distancing). Die meisten Schulen sind nicht in der Lage, diese Standards zu erfüllen. Sie sind finanziell einfach nicht in der Lage, die dafür nötigen Anschaffungen zu tätigen.

Das öffentliche Bildungswesen in Uganda ist schwach aufgestellt. Die meisten Schulen werden privat betrieben. Bisher waren es etwa 85 % der 10-Jährigen in Uganda, die einen einfachen Satz nicht fließend lesen konnten – eine an sich schon erschreckend hohe Zahl, die auch etwas über die schlechte Qualität des Schulunterrichts aussagt. Dazu zählen allerdings auch alle die Kinder, die eine Schule nur kurz oder gar nicht besucht haben. Dieser Prozentsatz ist inzwischen auf 90 % angestiegen und ihre Fertigkeiten im Schreiben und Rechnen haben sich ebenfalls verschlechtert.

Rezension

George Pattery SJ: Gandhi als Glaubender. Eine indisch-christliche Sichtweise

Eberhard Ockel



In ihrem Vorwort bedauern die Herausgeber, dass Gandhi in den Friedensdenkschriften der evangelischen und katholischen Kirche keine Rolle spielt, obwohl er mit Sicherheit nicht grundlos in den zwanziger/dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts fasziniert hat – ein Brief von Dietrich Bonhoeffer

von 1934 wird zitiert (12ff) – und seine politische Weisheit gerühmt wird (17). Paul VI und Johannes Paul II haben ihn 1978 und 1986 gewürdigt. Beide Würdigungen warten bis heute auf ihre Übersetzung. Die Herausgeber sind überzeugt von der Bedeutung des Mahatma gerade für unsere Zeit, weshalb diese Würdigung Gandhis durch einen indischen Jesuiten übersetzt werden muss.

Pattery selbst bedankt sich bei seinen Gesprächspartnern (24) und führt in die wechselvolle Rezeption Gandhis ein. Er macht den gesellschaftlichen Rahmen bekannt und die kulturellen und religiösen Traditionen, in denen Gandhi sich bewegte. Die historische Erfahrung der Ausbeutung und Besetzung, vor allem durch die Briten, löst eine nationale Bewegung aus, die Gandhi in eine Massenbewegung verwandelt. Seine religiöse Prägung und deren Entwicklung in Auseinandersetzung mit der Hindu- und der christlichen Religion erläutert

in sieben Kapiteln das Buch. Jedes Kapitel wird durch eine Abbildung von Gandhi eingeleitet (10, 38, 62, 90, 146 und 206). Hilfreich für die Lektüre ist das Glossar (215ff), das die indischen und geschichtlichen Begriffe erläutert. Das Literaturverzeichnis fasst noch einmal die Literaturangaben aus den Anmerkungen zusammen (225ff).

Gandhis Religiosität wird in der Kindheit grundgelegt; ihre Ausprägung gewinnt sie durch seine Studienjahre in London (1888-1891), durch seine Beteiligung am Kampf in Südafrika (1893-1914, 41ff) und schließlich durch seine unermüdliche politische Aufklärung für eine spiritualisierte Politik (45). Er erklärt die Ashram-Gelübde als Grundlage aller Religion (47) und Pattery erläutert sie im Folgenden: Wahrheit (48ff), Religion als Hingabe (51f), Respekt vor allen Religionen (52ff), Kritik am Kastenwesen (55ff), Verbreitung seiner religiösen Überzeugung Satyagraha (59ff).

Diese wird in Kapitel 2 genauer beschrieben in ihren Aspekten Selbstverwirklichung (63f), Gewaltverzicht (65ff), Formen der Gewalt (68ff), die Gandhi generell als Sünde und religionslos bezeichnet (78). Auch Gewaltfreiheit wird sehr differenziert und subtil erörtert (78ff). Sein Widerstand stützt sich auf Seelenstärke (soul-force, 89).

Kapitel 3 nähert sich der religiös beeinflussten Gesellschaftstheorie Gandhis, die einen Staat gleichsam unnötig macht, weil „jeder Mensch sein eigener Herrscher“ ist (91). „Erleuchtete Anarchie“ nennt Gandhi seine utopische Staatsform, über die er seit 1908 nachsinnt. Seine Freiheitsfantasie duldet keinen Zwang (93). Die vollkommene Unabhängigkeit des einzelnen bezieht auch den Zwang der Wirtschaft mit ein (99); jeder trägt freiwillig seinen Teil zum Gemeinwohl bei, wobei oben und unten, auch jegliche Besitzgier abgeschafft sind (101). Gegen Ungerechtigkeit muss agiert werden, wenn Alternativen wie Streik, Boykott, ziviler Ungehorsam oder Fastenaktion nicht mehr greifen (118ff). Zum Abschluss des Kapitels diskutiert Pattery die kritische Rezeption der Ideen/Anregungen Gandhis (123ff).

George Pattery SJ: Gandhi als Glaubender. Eine indisch-christliche Sichtweise. Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler, hg. von Klaus Hagedorn & Thomas Nauerth, Norderstedt: BoD 2021 (= Edition Pacesonderausgabe), brosch., 240 Seiten, ISBN 978-3-7557-9056-2, 9,90 Euro

Kapitel 4 diskutiert, inwiefern die Gesellschaftstheorie mit ihrer Verwurzelung „in der Wahrheit“, der Gewaltfreiheit (132ff) und „der Selbstregierung“ (127) auf der Hindu-Tradition basiert. Diese Aspekte klärt Battery sehr kenntnisreich auf der Basis der Upanishaden und der Veden (127ff). Für Gandhi streben Wahrheit und Gewaltfreiheit zusammen (143) und beweisen ihre Kraft im menschlichen Handeln (144f).

Kapitel 5 spiegelt die Reaktion der Christen auf Gandhis Kämpfe (147). Dabei spielt die Allianz zwischen der christlichen Mission und dem britischen Empire eine mehr als fragwürdige Rolle (149f); die christlichen Unterstützer betrachten Gandhi als Nachfolger Christi (151ff); Pattery sieht ihn gegen alle Skepsis in Jesu Nachfolge (153f). Vor allem aber sieht er Gandhis Rolle als Förderer des Dialogs „zwischen den Religionen“ (163ff). Sein Wirken sei gleichsam „eine Hermeneutik von Mammon und Armut“ (166ff). Mit Gandhis freiwilliger Armut stelle er sich in die spirituelle Nachfolge Jesu (168f).

Pattery deutet aus der Sicht von Gandhis Religiosität die heutige Situation in Indien (175ff), in der Gewalt alltäglich ist (179) und die Religion die Gewalt zu billigen scheint (181f), verbunden mit

Modernisierung (183f), Nationalismus (185f), Terrorismus (186f) und Säkularismus (187f), die, wie Pattery überzeugend darlegt, einander gegenseitig bedingen. Die „technokratische Vision“ bedroht den Menschen (195f). Battery bezieht mit Rückgriff auf Gandhi entschieden Stellung gegen solche Entwicklungen (196ff). Dabei erweist sich Gandhis Ansatz als ebenso alt wie modern (203f).

Schlussfolgerungen, die Pattery als „interdisziplinäre Pädagogik“ entfaltet (207ff), weisen überzeugend auf die Differenz der Gandhi-Religiosität zur herrschenden Gewaltideologie hin: menschliche Beziehungen leben von der Orientierung am anderen und sind empfindlich gestört, wenn der andere zum Fremden wird. Ihr zentraler Orientierungspunkt ist der Respekt vor religiösen Überzeugungen (212f).

Das Buch ist unglaublich beeindruckend, eine subtile Anfrage an jede(n) einzelne(n), der/die sich als Christ*in bezeichnet. Ist man in der Jesu Nachfolge noch/schon auf dem richtigen Weg? Die Gestalt des Mahatma und seine religiösen Überzeugungen überschneiden sich in provozierender Weise mit dem Christentum. Das Buch verdient eine weite Verbreitung!

Rezension

Mark Hathaway/Leonardo Boff: Die Weisheit des Kosmos. Ein zukunftsweises Weltbild.

Eberhard Ockel



nissen anzustreben und die ökologische und Klimafrage aus der Perspektive aller religiösen Überzeugungen zu beleuchten.

Zwölf große Kapitel, jeweils von bestimmten Kernaussagen des Tao Te King eingeleitet, gliedern das Buch, dessen Vorwort (7ff) von Capra stammt. Kapitel 2-4 fassen Teil I „Erkundung der Hindernisse“ (41ff), 5-10 Teil II „Kosmologie und Befreiung“ (195ff) und 11-12 Teil III „Das Tao der Befreiung“ (443ff) zusammen. Auch das Tao Te King, dessen legendäre Entstehung man auch aus der bekannten Ballade von Bertolt Brecht kennt, wird kurz vorgestellt (17f). Die Einleitungsrunde beendet der Prolog (19ff). Den Abschluss des Buches bildet die umfangreiche Literatur (561ff). Schade, dass der Verlag kein kommentiertes Sachregister anbietet. Es würde in der Fülle eigenwilliger Fachausdrücke eine willkommene Orientierung bieten.

Ein sehr beeindruckendes, aber ziemlich redundantes Buch, dessen Hauptanliegen zu sein scheint, theologische Grundsatzfragen interdisziplinär einzubinden, eine ganzheitliche Versöhnung mit naturwissenschaftlichen Erkennt-

Jeweils eine bewegende Widmung stellen die Autoren voran (6).

*Mark Hathaway/
Leonardo Boff: Die
Weisheit des Kosmos. Ein zukunftsweisendes Weltbild. Mit einem Vorwort von Fritjof Capra. Deutsche Übersetzung von Bruno Kern, Zürich: LIT 2021 (= Theologie. Forschung und Wissenschaft, Bd. 67), kart., 582 Seiten, ISBN 978-3-643-91328-9, 49 Euro*

Beide, so das Vorwort, warnen vehement vor der Verselbstständigung der Kreditwirtschaft mit der absehbaren Folge einer Verstärkung der Geldvermehrung im Besitz von immer weniger Menschen. Der Aufruf zur Veränderung des menschlichen Bewusstseins hin zu einer „Kosmologie der Befreiung“ (12f) ist unüberhörbar.

Das Tao Te King wird dabei erläutert und als Quelle der Inspiration betrachtet (17). Als uraltes und weitverbreitetes Weisheitsbuch gilt es den beiden Autoren als Befreiungsweg aus gegenwärtiger Unordnung.

Die krisenhaften Entwicklung der Erde, der katastrophale Schwund natürlicher Diversität, und die un-

verschuldete Armut von Menschen und Staaten zwingen zum Handeln (29f). Vor allem zwei Ursachen werden ausgemacht: das weltweit verbreitete Patriarchat und der Anthropozentrismus (35f).

Faszinierend wirkt der neue Blick der Naturwissenschaft auf die Ganzheitlichkeit und Dynamik des Kosmos (37f). Ein Ausweg, der am Ende genauer erläutert wird (507ff), bietet sich im „Bioregionalismus“ (38f).

Mit einer Krankenakte lässt sich die Analyse der folgenden Kapitel vergleichen, die „herrschende (Un-) Ordnung“ zu erklären (43ff): Armut und Ungleichheit, Raubbau an der Erde, Vergiftung des Lebens und krebserregendes Wachstum. Konsum und Abfall drohen zum Kollaps zu führen (96f; 212ff).

Konkret verweisen die Autoren auf die fatale wirtschaftliche Orientierung am BIP und empfehlen einen qualitativen Zugang, der das gesellschaftliche Wohl – beispielhaft am Leben der Ladakh erläutert – zum Kriterium nimmt (62f).

Fehlentwicklungen zeigen sich vor allem an Entwicklungsprojekten (64ff). Anstatt der Bevölkerung zu dienen, bereichern sich Konzerne auf Kosten der Bevölkerung (72ff).

Zugleich sind sie die größten Umweltsünder (76).

Das Finanzsystem verschiebt zunehmend Geld, das weder durch Waren noch durch Dienstleistungen gedeckt wird (81).

Eine schlimme Entwicklung zeichnet sich auch durch die unkontrollierte genetische Veränderung von Pflanzen ab (92f).

Was nötig wäre, um umzulenken, wird angedeutet (99f), aufgefährt (106ff) und zum Schluss ausführlich entfaltet (504ff).

Interessant, plausibel und nachvollziehbar finde ich die Überlegungen zum Ökofeminismus (110ff). Dabei werden leider Legenden zur Menschheitsgeschichte (116f; 171) aufgenommen, die erst nach Drucklegung des Buches durch Graeber/ Wengrow richtiggestellt wurden. Jedenfalls sind unleugbar bis heute Klischees nachweisbar, die über Frauen, Farbige, Roma, Homosexuelle und Juden verbreitet sind und zu Rassismus, Verfolgung und Ausbeutung Anlass gaben (111f).

Bisherige Erziehungs- und Medienerfahrungen stützen den Eindruck, dass Jugendliche in dieses verhängnisvolle System hineinwachsen (153ff). Dagegen entwirft

das Schlusskapitel die Vision eines kosmischen Curriculums, einer Wissensvermittlung zur ganzheitlichen, intuitiven Erfassung des Kosmos (522ff).

Die Schöpfungsmythen der Religionen lassen noch etwas vom harmonischen Zusammenwirken von Mensch und Schöpfung erahnen; durch schwindende Religiosität/Spiritualität zugunsten naturwissenschaftlichen „Wissens“ verliert sich die Verbundenheit mit der Natur (201f).

Zumal eine Sinnhaftigkeit der Schöpfung als unwissenschaftlich gilt (248f; 395f). Erst die Quantentheorie führte zum Nachdenken (253ff). Und zur Subjektivität jeder Erscheinung (268f).

Die beiden Autoren spekulieren darüber, ob nicht Bewusstsein dem Kosmos ebenso wie jedem Element in ihm zu eigen ist, sodass eine globale Verbindung untereinander denkbar erscheint (271ff). Experimentelle Ergebnisse legen eine solche Verbindung nahe. Alle Ereignisse könnten irgendwie aufeinander bezogen sein (281). Lebendige Systeme beziehen sich aufeinander (292f). Und heben durch ihre Beziehung Ursache und Wirkung auf (309). Diese Dynamik bezeichnen die Autoren als „morphische Resonanz“ (319).

Spannend finde ich, wie über „morphische Felder“ (350f) das Gedächtnis erklärt und sogar zeitliche und räumliche Übersprungphänomene bis hin zur kosmischen Verbindung anschaulich werden (327ff): Beleg für das Phänomen ist etwa der Spracherwerb.

Je mehr Erkenntnisse über das Universum und seine Entstehung gewonnen werden, desto mehr Verbindungen werden sicht- und greifbar, die Menschen zum Stauen bringen. Vernetzung und Kooperation, Kreativität und Vielfalt (403f) scheinen die Triebkräfte unseres Heimatplaneten, denen die Menschen sich einzuschwingen haben, wenn sie nicht seine Unbewohnbarkeit heraufbeschwören wollen (386f).

Als „Kinder des Kosmos“ (399) müssen sie sich, statt ihn auszubeuten, seiner Dynamik unterwerfen (409f). Der angeborene Gemeinschaftssinn

sollte die Richtschnur für eine Neubestimmung des Menschen im Universum sein (416f). Grenzen sind zu akzeptieren (422f), der naturgegebene Rahmen ist auszuhandeln (431f) und das Leben in jeder Form zu achten (439ff).

Der dringende Appell der beiden Autoren richtet sich an die Religionen: ihnen allen wie dem Tao ist die Sorge um das Leben aller Geschöpfe eingeschrieben, und die Menschheit hat als verantwortlicher Sachwalter für die Bewahrung der Schöpfung zu sorgen (484ff).

Das Buch ist ein neuerlicher Aufruf an alle Verantwortlichen und aufgeklärten Menschen, zu handeln, damit die Erde und ihre Bewohner miteinander in Frieden leben können. Ökologie ist nicht an Grenzen gebunden, und unsere gegenwärtige gemeinsame verschwenderische Lebensweise führt zum Ende unserer Spezies.



Bürozeiten/ Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent):
Montag, Dienstag und Donnerstag von
8.30 bis 14 Uhr sowie Termine nach
Vereinbarung,
Email: d.huegel@paxchristi.de

pax christi-Büro Münster
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon: 0251-511420,
Email: muenster@paxchristi.de
Webseite: www.muenster.paxchristi.de

* (Gedicht auf der Rückseite)

Das Gedicht ist aus einer Lugansker Perspektive im Jahre 2014 entstanden. Das Gedicht selbst aber weist über diesen Zusammenhang hinaus und findet starke sprachliche Bilder für den Wahnsinn des Krieges. Insofern ist es universalisierbar.

Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420

E-Mail: muenster@paxchristi.de, Homepage: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster

IBAN: DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Eva-Maria Altena, Bernhard Damm, Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Lektorat: Christel Bußmann, Eberhard Ockel

Bilder: privat, pixabay (wenn nicht anders angegeben)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

Schwarzbrot

Lange blieb das Unheil aus. Lange Zeit.

Lange gab es keinen Krieg. Lange Zeit.

Es war genug Zeit, um die Kinder großzuziehen.

Es war genug Zeit, um die Enkelkinder großzuziehen.

Es war nicht genug Zeit, um die Urenkel großzuziehen.

Und der Sohn sagte: Ich gehe. Verzeih mir.

Und der Enkel sagte: Ich auch. Lass mich auch gehen.

Und die Urenkel wurden zusehends größer.

Und wieder floss heißes Blut.

Und die Heimat wurde zerrissen und zerschnitten.

Und Bruder stellte sich gegen Bruder und Freund gegen Freund.

Und die Milch wurde schwarz in den Brüsten.

Und das Blut wurde schwarz in den Herzen.

Wie Anthrazit, unsere Kohle aus Krasnodon.

Gefördert aus dem tiefsten Grund. Den unzugänglichen Schächten.

Nach oben. Aus der Hölle selbst.

Geschichte will Veränderung.

Und der schwarze Mühlstein dreht und kreist und rollt.

Jetzt sind wir die das Schwarzbrot im Krieg

Früher aber waren wir das goldene Korn.

Jelena Saslawskaja

(Erschienen in „Grand Tour- Reisen durch die junge Lyrik Europas“

2019 bei Hanser)* (siehe Innenseite)

Jelena Saslawskaja lebt in Luhansk, Ukraine. Sie wurde am 14. Oktober 1977 in der Region des Donezbeckens in der Ukraine geboren. Sie ist u. a. beim Literaturfestival „Kiev laures“, wo sie für ihren Auftritt den besonderen Titel der „Präsidentin des Globus“ erhielt, aufgetreten.

Die Ostukrainerin schreibt Slam Poetry.